

**Beschluss
der Landesregierung****Deliberazione
della Giunta Provinciale**

Nr. 289
Sitzung vom 21/03/2017
Seduta del

ANWESEND SIND

Landeshauptmann
Landeshauptmannstellvertr.
Landeshauptmannstellvertr.
Landesräte

Generalsekretär

Arno Kompatscher
Christian Tommasini
Richard Theiner
Philipp Achammer
Waltraud Deeg
Florian Mussner
Arnold Schuler
Martha Stocker

Eros Magnago

SONO PRESENTI

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente
Assessori

Segretario Generale

Betreff:

Jahresprogramm für die Entwicklungs-
zusammenarbeit für das Jahr 2017

Oggetto:

Programma annuale della Cooperazione
allo sviluppo per l'anno 2017

Vorschlag vorbereitet von
Abteilung / Amt Nr.

1.1

Proposta elaborata dalla
Ripartizione / Ufficio n.

Die Landesregierung

nach Einsichtnahme in das LG vom 19. März 1991, Nr. 5, welches die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Solidaritäts- und Friedensbestrebungen des Landes Südtirol betrifft;

festgestellt, dass die jährlichen Bereitstellungen für die in Art. 4, 5 und 6 des obgenannten Landesgesetzes angegebenen Zwecke aufgrund eines Jahresprogramms, welches von der Landesregierung zu genehmigen ist, zu verwenden sind,

nach Einsichtnahme in die Anlage A, die dem gegenständlichen Beschluss als wesentlicher Bestandteil beiliegt, welche das Jahresprogramm 2017 für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirol enthält;

all dies vorausgeschickt und im Dafürhalten gegenständliches Jahresprogramm genehmigen zu können,

beschließt

einstimmig in gesetzmäßiger Weise:

1. das in Anlage A als wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses beigefügte Jahresprogramm für die Entwicklungszusammenarbeit für das Jahr 2017 zu genehmigen;

2. zur Kenntnis zu nehmen, dass das gegenständliche Programm auf der Homepage der Entwicklungszusammenarbeit des Landes veröffentlicht wird.

DER LANDESHAUPTMANN

DER GENERALSEKRETÄR DER L.R.

La Giunta Provinciale

vista la LP del 19 marzo 1991, n. 5, concernente la promozione dell'attività di cooperazione allo sviluppo e della cultura di pace e di solidarietà della Provincia autonoma di Bolzano;

considerato che gli stanziamenti annuali previsti dagli art. 4, 5 e 6 della suddetta legge provinciale vengono utilizzati per gli scopi prefissati, sulla base di un Programma annuale approvato dalla Giunta provinciale;

visto l'allegato A, che costituisce parte integrante della presente deliberazione e che contiene il Programma annuale della Cooperazione allo sviluppo della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2017;

tutto ciò premesso e ritenuto di poter approvare il programma annuale in oggetto,

delibera

a voti unanimi legalmente espressi

1. di approvare il Programma annuale della Cooperazione allo sviluppo della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2017 di cui all'allegato A che costituisce parte integrante della presente delibera;

2. di prendere atto che il Programma in oggetto verrà pubblicato sul sito della Cooperazione allo Sviluppo della Provincia.

IL PRESIDENTE DELLA PROVINCIA

IL SEGRETARIO GENERALE DELLA G.P

Jahresprogramm der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirol 2017

Einleitung

Für die europäische Entwicklungszusammenarbeit ist 2017 ein entscheidendes Jahr, da der neue „Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ definiert wird und damit neue Ziele und Richtlinien für die Entwicklungszusammenarbeit festgelegt werden. Die europäische Staatengemeinschaft hatte sich bereits mit der Verabschiedung der „Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung“ zu diesen Zielen und Werten bekannt.

Aufgrund der fortdauernden internationalen Krisen, vor allem im Nahen Osten und Nordafrika sowie in Ländern südlich der Sahara, sieht sich die Staatengemeinschaft mit Herausforderungen konfrontiert, die neue Antworten fordern. Krisengebiete wie Syrien und Irak aber auch der Südsudan und die Zentralafrikanische Republik fordern ein rasches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft mittels Bereitstellung von humanitärer Hilfe, um die Not der leidtragenden Bevölkerung zu mindern. Auch Südtirol hat sich dieser Verantwortung nicht entzogen und hat mit einer Sonderausschreibung zur Unterstützung von entwicklungsorientierten humanitären Projekten im Jahr 2016 einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Projekte werden derzeit umgesetzt und tragen dazu bei, die wichtigsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Trotz anhaltender Krisen und den damit verbundenen Hilfsleistungen ist es jedoch auch wichtig, Projekte und Programme in den für das Land Südtirol strategisch zentralen Ländern wie Burkina Faso, Uganda, Tansania, Nepal, Afghanistan, Libanon fortzusetzen, die eine nachhaltige Entwicklung fördern und somit einen wichtigen Beitrag zur Vorbeugung von Krisen und den damit oft eng verbundenen Migrationsbewegungen zu leisten. Der Aufbau von langfristigen territorialen Partnerschaften und die Durchführung von multisektoriellen Programmen haben sich in der Vergangenheit besonders bewährt. Aber auch die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Demokratisierungsprozesse sowie der Eigenverantwortung der Partnerländer sind von großer Bedeutung.

Eine immer wichtigere Rolle zur Bekämpfung der Armut im Süden der Welt kann auch der Einbeziehung aller lokaler Akteure, darunter dem Privatsektor, zukommen. Die Erfahrung in den letzten Jahren zeigt, dass die Schaffung von Synergien zwischen verschiedenen Akteuren, wie Klein- und Mittelunternehmen, Non Profit Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, und somit ein

gemeinsames systemisches Handeln zu positiven Ergebnissen in der Entwicklungspolitik geführt haben. Immer lauter fordern auch unsere Partner im globalen Süden, dass Akteure des Privatsektors in der Entwicklungszusammenarbeit mehr eingebunden werden, da sie für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ausschlaggebend sind.

Im Zuge der Ausarbeitung des neuen Landesgesetzes zur Entwicklungszusammenarbeit wird der Rolle Rechnung getragen, die sämtliche Akteure in Südtirol einnehmen können: Organisationen, Lokalkörperschaften, die Universität, Privatpersonen, Stiftungen oder Unternehmen, die sich von den Prinzipien der Unternehmerischen Sozialverantwortung (Corporate Social Responsibility) und der Zusammenarbeit leiten lassen. Ziel ist ein gemeinsames systemisches Auftreten und Agieren der verschiedenen Akteure, um somit zur Gestaltung einer gerechteren ökosozialen Weltordnung einen Beitrag zu leisten.

Die Förderung von Maßnahmen für ein integratives und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum allein reicht jedoch nicht. Notwendig sind auch Initiativen für eine gerechtere Aufteilung der verfügbaren Ressourcen, eine kohärente Handelspolitik, die Unterstützung der Demokratisierung und des Schutzes der Menschenrechte, aber auch die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von Entwicklungsländern hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels, eine Reduzierung des Katastrophenrisikos sowie eine konkrete Umsetzung der Ziele im Bereich der Umwelt- und Klimaschutzpolitik auf internationaler Ebene.

Der im Jahr 2017 veröffentlichte Jahresbericht der Organisation Oxfam zeigt, wie dramatisch die weltweite soziale Ungleichheit ist und in welchem Ausmaß sie weiter zunimmt: Die acht reichsten Männer der Welt besaßen im Jahr 2016 zusammengekommen 426 Milliarden US-Dollar und damit mehr als die gesamte ärmste Hälfte der Weltbevölkerung (3,6 Milliarden Menschen mit insgesamt 409 Milliarden US-Dollar). Der Bericht „An Economy for the 99 Percent“ zeigt weiter auf, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung 50,8 Prozent des weltweiten Vermögens besitzt – und damit mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen. Umgekehrt besitzt die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung nur einen Bruchteil von einem Prozent (0,16%) des weltweiten Vermögens. Neun von zehn der weltweit führenden Großunternehmen sind in mindestens einer Steueroase vertreten. Entwicklungsländern gehen auf diese Weise in jedem Jahr mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen verloren. Es ist Aufgabe der Politik, die Anliegen der Bevölkerungsmehrheit über die Interessen der Superreichen und multinationalen Konzerne zu stellen und dafür zu sorgen, dass Steueroasen trockengelegt werden. Eine neue Gestaltung des Wirtschafts- und Finanzsystems ist dringend notwendig, damit alle profitieren.

Hierzu kann auch Südtirol einen kleinen Beitrag leisten. Im Bereich der Bewusstseinsbildung sollen Diskussionsrunden die Zusammenhänge zwischen Produktionsmodellen und Klimawandel oder Konsumverhalten und Ernährungssicherheit aufzeigen. Mit der Reform der Südtiroler Entwicklungszusammenarbeit, dem Ausbau bereits bestehender territorialer

Partnerschaften in Hinblick auf eine gemeinsame Entwicklung, mit Hilfe der vielen in Südtirol tätigen Organisationen und aller Akteure, auch der Privatwirtschaft, kann Südtirol einen neuen zielführenden Weg Richtung nachhaltigeres und zukunftsfähigeres Wirtschaften aufzeigen.

Die Mittel und Aufgabenfelder unserer Entwicklungszusammenarbeit

Für das Haushaltsjahr 2017 stehen im Mehrjahreshaushalt des Landes 3.825.000,00€ zur Verfügung und somit ein annähernd gleicher Betrag wie 2016. Aufgrund des harmonisierten Haushalts und der buchhalterischen Vorschriften, die seit 2016 in Kraft sind, sowie aufgrund der Tatsache, dass die Projekte nicht innerhalb des Jahres, in dem sie genehmigt werden, abgeschlossen werden können, wurde ein Teil der Ressourcen für 2017 mit der Genehmigung der Projekte im Jahr 2016 bereits zweckgebunden. Dies bedeutet, dass die effektive Verfügbarkeit für 2017 2.350.224,00 € beträgt.

Budget 2017	Betrag, der für Projekte der Organisationen sowie direkte Projekte, die im Jahr 2016 genehmigt wurden mit Zweckbindung auch auf das Jahr 2017	Verfügbarkeit 2017
3.825.000,00 €	1.474.776,00 €	2.350.224,00 €

	Finanzierungen/Ausgaben 2017	davon Haushalt 2017	davon Haushalt 2018
JÄHRLICHE AUSSCHREIBUNG IM BEREICH ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND MINDERHEITENSCHUTZ	1.983.022,00 €	1.300.000,00 €	683.022,00 €
TERRITORIALE PARTNERSCHAFTEN DES LANDES SÜDTIROL IM BEREICH ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT/MINDERHEITEN	597.282,00 €	509.167,00 €	88.115,00 €
AUSSCHREIBUNG FÜR ORGANISATIONEN IM BEREICH BEWUSSTSEINSBILDUNG UND GLOBALES LERNEN	441.057,00 €	441.057,00 €	
VORHABEN DES LANDES IM BEREICH BEWUSSTSEINSBILDUNG UND GLOBALES LERNEN	111.180,00 €	100.000,00 €	11.180,00 €
TOTALE	3.132.541,00 €	2.350.224,00 €	782.317,00 €

Diese Finanzplanung kann Änderungen unterliegen.

Grundsätzlich werden die Projektmittel 2017, wie in den vorherigen Jahren, im gesamten Leistungsspektrum der Südtiroler Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Zum einen also zur Unterstützung von Entwicklungsprojekten der Südtiroler Organisationen in den Schwerpunktpartnerländern in Afrika und im Nahen Osten und in Asien, Lateinamerika und Osteuropa, sowie für Bewusstseinsbildungsprojekte in Südtirol. Zum anderen werden die Partnerschaftsprogramme des Landes fortgeführt und neue Programme erarbeitet, und zwar mit der Euregio, der Europäischen Union oder mit Finanzierung der italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit. Das Land Südtirol hilft auch in Katastrophenfällen oder Konfliktsituationen und stellt Mittel für humanitäre Notstandsmaßnahmen bereit.

Für 2017 ist auch die Umsetzung und der Abschluss der Projekte geplant, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 im Rahmen der Sonderausschreibung für humanitäre Projekte im Nahen Osten und in Afrika südlich der Sahara genehmigt wurden. Auch die Projekte in den großen Flüchtlingscamps im Libanon und in Jordanien, die infolge des Bürgerkrieges in Syrien und Irak entstanden sind, werden weitergeführt und abgeschlossen.

Die Zielsetzungen der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirols für die kommenden Jahre beziehen sich auf die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030, die von den Vereinten Nationen im September 2015 genehmigt wurden. Anders als bisher sind alle Nationen, sowohl im Norden als auch im Süden der Welt, aufgefordert, sich für eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung, für die Armutsbekämpfung, Reduzierung der Ungleichheit, den Schutz der Menschenrechte, die Vorbeugung von Konflikten und Unterstützung von Friedensprozessen einzubringen.

Entwicklungszusammenarbeit

Förderung der Entwicklungsprojekte der Organisationen – Alljährliche Ausschreibung 2017

Projektvorschläge können von den Organisationen und Körperschaften ohne Gewinnabsicht, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, eingereicht werden. Für die Förderung der Projekte der Organisationen kommen die überarbeiteten Förderkriterien, welche am 10.11.2015 mit Landesregierungsbeschluss Nr. 1275 genehmigt wurden, zur Anwendung. 2016 wurde ein neuer Leitfaden für den Abschlußbericht und für die Rechnungslegung für Projekte der Bewusstseinsbildung sowie für Projekte zur Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht. 2017 wird zudem ein Rundschreiben mit zusätzlichen Erläuterungen ausgearbeitet.

Für die Finanzierung dieser Vorhaben kann im Bezugsjahr ein Gesamtbetrag in der Höhe von rund 1.983.022,00 €, davon 1.300.000,00 auf dem Haushalt 2017 und der Restbetrag auf dem Haushalt 2018, bereitgestellt werden. Gemäß der jährlichen Programmierung des zuständigen Amtes entspricht die Unterstützung der Projekte der Organisationen einem Budgetanteil von rund 60% des vom

Landeshaushalt für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellten Betrages.

Innerhalb Jänner 2017 wurden 64 Projektvorschläge eingebracht (im Jahr 2016: 77) und zwar von 44 Non Profit-Organisationen mit Rechtssitz oder einem operativen Sitz in Südtirol.

Das Hauptziel dieser Vorhaben ist die Armutsbekämpfung durch die Förderung der Aus- und Fortbildung, die Unterstützung von Einkommen schaffenden Maßnahmen und die Abdeckung der Grundbedürfnisse der Empfänger in den Partnerländern und Krisengebieten.

Die Projektvorschläge für folgende Länder eingereicht:

- **Afrika:** Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Kamerun, Kenia, Kongo, Mosambik, Tansania, Togo, Uganda;
- **Zentralamerika:** Nicaragua;
- **Südamerika:** Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Mexico, Peru;
- **Asien:** Indien, Indonesien, Myanmar, Nepal, Thailand;
- **Mittelmeerraum und Naher Osten:** Marokko, Tunesien, Libanon, Israel;
- **Osteuropa:** Bosnien-Herzegowina, Moldawien.

Die Bewertung der Projektvorschläge ist Aufgabe des zuständigen Amtes für Kabinettsangelegenheiten der Abteilung Präsidium und Außenbeziehungen, das für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. Die Überprüfungs- und Bewertungsphase sollte bis Mai diesen Jahres abgeschlossen sein. Nach Genehmigung der Finanzierungsbeiträge können die Vereinbarungen mit den Trägerorganisationen und Einrichtungen abgeschlossen werden.

Strategien und Public-private Partnerschaften für ein inklusives und nachhaltiges lokales Wirtschaftswachstum

80% der Bevölkerung in Afrika leben von der Landwirtschaft und einer Subsistenzwirtschaft, die es nicht schafft, den Bedürfnissen einer ständig wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden sowie den Produktionsüberschuss zu nutzen, zu verarbeiten und zu vermarkten. Investitionen und internationale Partnerschaften, die vom Land und seinen Partnern im Süden der Welt begleitet werden, können dazu beitragen, eine Entwicklung in Gang zu setzen, die sozial und umweltverträglich ist und zur Bekämpfung von Armut und Unterernährung, zu Nahrungsmittelsicherheit, Beschäftigung und Bekämpfung von Landflucht und Migration beiträgt.

Im laufenden Jahr will das Amt für Kabinettsangelegenheiten für eine strategische Zusammenarbeit zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und der Südtiroler Privatwirtschaft eintreten, um ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum eines benachteiligten Gebiets in einem oder mehreren Partnerländern des Landes in Afrika zu fördern (z.B. in Uganda, Äthiopien, Tansania, Burkina Faso).

Für das laufende Jahr beabsichtigt das Amt für Kabinettsangelegenheiten daher die Veröffentlichung einer Ausschreibung in Zusammenarbeit mit IDM Südtirol für die Beteiligung von Südtiroler Unternehmen an Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit des Landes. Eine engere Zusammenarbeit wird vor allem in der Landwirtschaft und Lebensmitteltechnologie sowie in damit eng verbundenen Bereichen (Landwirtschaftstechnologien und Biodiversität, Lebensmittelsicherheit, Innovation in den Lebensmitteltechnologien, Vermarktung, Wasserversorgung, nachhaltige Energien) angestrebt. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Territorien mit der Teilnahme verschiedener Akteure der Wirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit für eine bessere und nachhaltigere Wirkung der Initiative zu stärken. Die Ausschreibung wird sich dabei am nationalen Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit Nr. 124/2015 orientieren.

Die Details der Ausschreibung werden im Laufe des Jahres veröffentlicht, 2017 soll ein Pilotprojekt finanziert werden.

Entwicklungsorientierte humanitäre Projekte im Nahen Osten und Afrika

Aufgrund der dramatischen Entwicklung im Nahen Osten und der Nahrungsmittelkrisen in den Ländern südlich der Sahara hat das Land 2016 eine zusätzliche Ausschreibung für Projekte durchgeführt.

Mit den Beschlüssen der Landesregierung Nr. 741 vom 5. Juli 2016 und Nr. 1100 vom 18. Oktober 2016 wurden die Sonderausschreibung und die Kriterien für die Finanzierung von Projekten zugunsten der Bevölkerung in Krisengebieten genehmigt sowie 1.600.000,00€ für die Jahre 2016 und 2017 bereitgestellt.

Innerhalb der Frist vom 1. September wurden 24 Projekte eingereicht, 23 Projekte wurden mit Dekret des Abteilungsdirektors Nr. 19398/2016 genehmigt. Die Vereinbarungen wurden am 9. November 2016 geschlossen und die Projekte befinden sich derzeit in Umsetzung.

Die Projekte tragen dazu bei, schwierige Situationen aufgrund von Konflikten zu überwinden, das tägliche Leben der Menschen in den Flüchtlingszentren zu erleichtern, Kinder und Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten, die Lebensmittelsicherheit zu garantieren sowie Unterernährung zu bekämpfen.

14 Projekte werden in Afrika umgesetzt. Ostuganda, Sudan, Südsudan, Äthiopien und Burkina Faso sind von einer außerordentlichen Dürre oder von Überschwemmungen betroffen.

Im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik haben Kämpfe hunderttausende Menschen in die Flucht getrieben. Das Land führt mit der lokalen Caritas in Norduganda Maßnahmen durch, um Konflikte friedlich zu lösen. Andere Initiativen betreffen Frauen in der Arbeitswelt, rückkehrende Flüchtlinge, die Landwirtschaft, Bildung sowie das Gesundheitswesen.

Auch im Nahen Osten und im Mittelmeerraum (Syrien, Irak, Libanon, Tunesien) werden Projekte im Bereich Bildung für Flüchtlinge, Gesundheitsversorgung, Schutz und Unterstützung von Opfern von Gewalt – vor allem Frauen und Kinder – sowie sicheres Einkommen unterstützt. Ein Pilotprojekt unterstützt die Rückkehr und Wiedereingliederung von senegalesischen Migranten.

Drei Projekte werden in Syrien umgesetzt. Ein Projekt des Vereins Amici dei Bambini Ai.Bi versorgt ca. 1.800 Vertriebene nördlich von Aleppo mit Nahrungsmitteln. Ein Projekt der Caritas Bozen-Brixen unterstützt 1.800 Familien in der Region Al-Jazeera. Die Nichtregierungsorganisation GVC Onlus unterstützt den Zugang zu Bildung von ca. 1.900 Schülern.

Zwei Projekte werden in Palästina umgesetzt. Das Projekt von CTM Altromercato unterstützt 88 Frauen im Flüchtlingscamp von Jericho mit dem Ziel, die Couscous-Produktion zu stärken. Das Projekt von Friedensbrücken Neumarkt unterstützt im Bezirk Hebron Familien, die ihre Felder aufgeben mussten.

Andere Projekte sehen Initiativen zur Ausbildung von Vertriebenen im irakischen Kurdistan in Erbil und Kirkuk vor. Im Rahmen einer Partnerschaft mit Kobane, die der Landtag mit Beschlussantrag 663/2016 am 15. September 2016 genehmigt hat, unterstützt das Land den Wiederaufbau einer Frauenakademie, und zwar den ersten Stock, der ein Ort der Begegnung sein soll und Platz für Handwerkstätigkeiten bietet.

Durch ein weiteres Projekt, das vom Land unterstützt wird, konnten im Januar durch die Organisation „Un ponte per...“ Hilfspakete an die Familien verteilt werden, die Mosul, Irak, verlassen haben, als die irakische Armee die Stadt angriff, um sie vom Islamischen Staat Daesh zu befreien. Die Initiative fällt in das Projekt „Darna“ (unser Haus), das die Organisation „Un ponte per...“ mit Sitz in Bozen dank Unterstützung durch die Südtiroler Landesverwaltung und die Kirchengemeinschaft der Waldenser umsetzen kann. Die Hilfspakete umfassen einen Grundstock an Hygieneprodukten und Decken und bei Bedarf auch einen Feldkocher für eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre Häuser. Die Unterstützung des Landes für die Familien aus Mosul ist ein erster Schritt, um eine schwierige Rückkehr nach Hause zu ermöglichen. Das Projekt läuft über ein Jahr und hat zum Ziel, 30.000 Personen in den Flüchtlingscamps zu unterstützen. Neben der humanitären Hilfe soll auch eine medizinische und psychologische Unterstützung geboten werden.

Territoriale Partnerschaften des Landes Südtirol

Neben den Vorhaben, die von den Organisationen getragen und mit Fördermitteln des Landes durchgeführt werden, setzt das Land Südtirol in verschiedenen Partnerländern auch direkt Entwicklungsprojekte und –programme um. Häufig geht es hier um Programme, die von öffentlichen und privaten Entwicklungseinrichtungen (Euregio, Italienische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, Europäische Union, Stiftung Cariplo, usw.) mitfinanziert werden und um Maßnahmen, die unseren vorrangigen Zielsetzungen und zentralen Kompetenzen des Landes sowohl im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, als auch der Förderung der Friedensbestrebungen und des internationalen Minderheitenschutzes entsprechen.

Rund 25% der zur Verfügung stehenden Landeshaushaltsmittel werden für die direkten Projekte/territorialen Partnerschaften des Landes verwendet. Dazu kommen fallweise Finanzmittel anderer Institutionen und Einrichtungen wie der Italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, der Europäischen Kommission (EuropeAid) oder anderer Institutionen. Für das 2017 ist für direkte

Maßnahmen vorläufig ein Budget von rund 597.282,00 € mit Zweckbindungen für die Jahre 2017 und 2018 vorgesehen.

Für die Projekte, die das Land Südtirol direkt ausführt oder jene, die das Land Südtirol den Organisationen oder Körperschaften zur Durchführung überträgt, werden die Finanzierungskriterien angewandt, welche mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1438 vom 26.09.2011 festgelegt wurden.

Das Land wird im nächsten Triennium seine territorialen Partnerschaften mit den Schwerpunktländern Uganda, Tansania, Burkina Faso und Nepal weiterführen. Ebenso fortgesetzt werden auch territoriale Partnerschaften mit den Kapverden, Bosnien Herzegowina, Ecuador und der tibetischen Minderheit in Indien. Im Folgenden Teil werden die Partnerschaften unterteilt nach Kontinenten kurz beschrieben:

AFRIKA

Burkina Faso

Im April 2016 hat die Koordinatorin des dreijährigen Programms Südtirol/FAO/Dori, das vom Außenministerium über die FAO kofinanziert wurde, einen Lokalausweis in Dori unternommen, um das Programm abzuschließen. Die steigende Instabilität der Region Sahel infolge des Konflikts in Mali, terroristische Aktivitäten und zwei Staatsstriege (2014 und 2015) und die damit verbundene Verschlechterung der Sicherheit hatten Auswirkungen auf das Programm. Der Lokalausweis diente auch dazu, das neue zweijährige Projekt im Rahmen der Initiative Fondazioni for Africa Burkina Faso einzuleiten.

Nach Abschluss des dreijährigen Programms der dezentralen Entwicklungszusammenarbeit in der Gemeinde Dori in der Region Nordsahel, das vom Land Südtirol, der FAO und der Gemeinde Dori umgesetzt und durch das Ministerium für Äußeres und internationale Entwicklungszusammenarbeit über die FAO finanziert wurde, wurde vom Amt für Kabinettsangelegenheiten mit den lokalen Partnern und der Stiftung Cariplo ein weiteres Programm zum Ausbau der Wasserversorgung in der Region Sahel (Dori) und Süd-Ost (Dorf Bapla-Nanè) ausgearbeitet. Das Projekt wurde vom Verein der Stiftungen und Sparkassen ACRI genehmigt. Es sieht den Ausbau der Systeme zur Versorgung mit Trinkwasser und mit Wasser zur Bewässerung im Gartenbau sowie die Planung einiger Pileinheiten zur Mikrobewässerung vor. Zudem sollen Initiativen umgesetzt werden, die die public-private Partnership fördern. Das zweijährige Projekt wird von ACRI über die Initiative Fondazioni for Africa Burkina Faso (FFA-BF) kofinanziert. Mit Dekret Nr. 19658/2016 hat das Land die Einnahmen der Kofinanzierung von ACRI über die Initiative Fondazioni for Africa Burkina Faso über 100.000,00 € für zwei Jahre festgestellt und die Zweckbindung eigener Mittel von 160.000,00 € auf die Haushalte 2017, 2018 und 2019 veranlasst.

Für die Umsetzung des Projekts wurde eine Vereinbarung zwischen dem Amt für Kabinettsangelegenheiten und dem Verein Freunde von Burkina Faso aus Brixen geschlossen.

Ziel des neuen Programms ist es auch, Möglichkeiten für Synergien zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und der Internationalisierung der Südtiroler Privatwirtschaft zu überprüfen. Seit ungefähr 15 Jahren arbeitet das Amt für Kabinettsangelegenheiten in der dezentralen Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Wasser und Landwirtschaft mit einigen Südtiroler Unternehmen zusammen.

Seit 2014 unterstützt das Land Südtirol in Burkina Faso außerdem ein fünfjähriges Projekt, das in Zusammenarbeit mit der „Union Fraternelle des Croyants“ und der Diözese Koudougou durchgeführt wird. Das Projekt sieht den Bau von Brunnen und Ausbildungskurse zur Umwelterziehung in den Schulen der Sahel-Region und in der Region Mitte-Ost vor, mit einer Ausgabe von rund 31.000 € mit Zweckbindung auf das Budget 2017/2018.

Zusammenarbeit im Rahmen der Euregio in Uganda und Tansania

Gemäß einer im Jahre 2010 und 2014 getroffenen Entscheidung des Dreierlandtags der Länder Südtirol, Nordtirol und dem Trentino wird seit sechs Jahren ein Partnerschaftsprogramm zwischen der Europaregion sowie den Bezirken von Rakai, Masaka, Bukomansimbi und Kalungu in Uganda sowie Missenyi in Tansania als südliche Partner, durchgeführt.

Ziele des Programms sind der Kampf gegen die Armut anhand von Initiativen, die eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung in diesem grenzüberschreitenden Gebiet fördern. Projekte, die zur Ernährungssicherheit und der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen und Initiativen im Bereich der Wasserversorgung sowie im Bereich des Waldschutzes sollen vorrangig unterstützt werden. Das Entwicklungsprogramm wurde in Bezug auf den finanziellen Beitrag des Landes Südtirol vom Land – Amt für Kabinettsangelegenheiten - gemeinsam mit verschiedenen technischen Ämtern des Bezirks Missenyi und in Zusammenarbeit mit Kolping Tansania durchgeführt.

Aufgrund der Aussage der Landeshauptleute der drei Länder der Europaregion in einer gemeinsamen Sitzung in Brüssel im Dezember 2015 soll das Programm unter dem Titel EEALIP „Euregio East Africa Livelihood Improvement Transborder Programme“ ab März 2017 für weitere drei Jahre fortgesetzt werden. Die Umsetzung erfolgt dabei durch die Partner vor Ort, die Organisationen MADDO (Masaka Diocesan Development Organisation), Kolping Tansania, Bezirksbehörde Misseny District und KADDRO (Kayanga Diocesan Development and Relief Organization) in Zusammenarbeit mit der Europaregion.

Hauptziel des weiterführenden ländlichen Entwicklungsprogramms bleibt die nachhaltige Verbesserung des Lebensstandards der Menschen und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung vor allem durch den Schutz der natürlichen Ressourcen der Region im Sinne der Ziele der Post-2015-Entwicklungsagenda und zwar in erster Linie des Ziels 1 (Beendigung der Armut), Ziels 2 (Förderung der Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft) und des Ziels 15 (Schutz/Wiederherstellung der Ländkosysteme und Förderung ihrer nachhaltigen Nutzung, Nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, Bekämpfung der

Wüstenbildung, Beendung der Bodendegradation und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen).

Länderübergreifende Maßnahmen überwiegend im landwirtschaftlichen Bereich stehen in dieser neuen Programmphase im Mittelpunkt. Bereits im Jahr 2016 werden daher vordergründig Maßnahmen unterstützt, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern sollen. Die im Zeitraum 2015-2016 bereits ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Anpassungsfähigkeit der Dorfgemeinschaften an Klimaschwankungen und deren Auswirkungen sollen fortgeführt werden. Insbesondere betrifft dies Initiativen zum Schutz der Wälder Munene und Minziro (Aufforstung, Baumschulen, Landschaftsschutz) und Einkommen schaffende Maßnahmen (Kauf von Kleintieren), welche angesichts der zunehmenden Entwaldung Alternativen für die lokale Bevölkerung zum Verkauf von Holz schaffen sollen.

Ein weiterer Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stellt die tierärztliche Kontrolle von Rindern und Kleintieren sowie die Durchführung von gemeinsamen Impfkampagnen zur Vorbeugung von Tierkrankheiten (z.B. Schweinefieber) dar. Zur Unterstützung der tierärztlichen Kontrolle der Tiere aber auch um Landwirten in den verschiedensten Bereichen mit Know How und konkreten Lösungen für die wechselnden Probleme der Landwirtschaft zur Seite zu stehen, sollen sogenannte landwirtschaftliche Beratungsstellen in den ländlichen Gebieten renoviert und mit Gerätschaften (z.B. für Labor) ausgestattet werden. Diese Zentren haben eine Schlüsselrolle in der technischen Beratung und Schulung für die Landwirte und mit Hilfe von sogenannten Modellbetrieben sollen Kenntnisse zum Ackerbau, Waldschutz, Tierhaltung, nachhaltige Nutzung der Agrobiodiversität, Bodenverbesserung usw. vermittelt werden. Ein besonders Augenmerk wird auf die technische Ausbildung von Jungbauern geworfen. Ebenfalls sollen sie besseren Zugang zu verbessertem Saatgut sowie Kleinvieh als Startkapital für ihre Betriebe erhalten.

Ein weiteres Vorzeigeprojekt, das für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit steht, ist der Aufbau eines Gemeinschaftszentrums in der Grenzstadt Mutukula, das gemeinsam von der ugandischen sowie auch der Bevölkerung Tansanias genutzt werden soll.

Die zur Zeit laufende Ausarbeitung des Raumordnungsplans für die Stadt Mutukula wird im Laufe des Jahres abgeschlossen und eventuell noch ausstehende Maßnahmen werden gemeinsam mit den lokalen Technikern definiert. Ebenfalls werden Initiativen im Bereich der Abfallwirtschaft fortgeführt.

Weiters soll eine engere Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Schul- und Forschungszentren Laimburg, San Michele und Rotholz mit spezifischen Fortbildungsprogrammen für technische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgebaut werden. 2017 ist dazu ein Austauschbesuch (12- köpfige Delegation) in die Europaregion geplant.

Ebenso wird in der Region vor Ort zwischen den teilnehmenden Distrikten und somit auch den zwei Nachbarstaaten Uganda und Tansania ein verstärkter Wissensaustausch stattfinden. Dies wird auch dadurch gewährleistet, dass das weiterführende Programm ein gemeinsames und einheitliches Programm aller Distrikte und der Europaregion darstellt.

Entsprechende Öffentlichkeitsarbeit über gegenseitige Besuche von Experten und Expertinnen und politischen Funktionsträgern, Vorträge, Filme, eine Wanderausstellung, sowie Tagungen zu spezifischen Themen sollen dieses innovative Programm der regionalen Entwicklungszusammenarbeit auch in der Europaregion für die breite Bevölkerung erfahrbar machen. Im Juni 2017 ist ein World Café zum Thema Klimawandel und Strategien zur Anpassung an die Auswirkungen der Klimaschwankungen geplant, wo die Teilnahme der Delegationsmitglieder aus Uganda und Tansania vorgesehen ist.

Für das Programm ist ein jährlicher Beitrag von 99.489,00€ für das Jahr 2017, ein Beitrag von 91.109,00€ für das Jahr 2018 und 111.350€ für das Jahr 2019 vorgesehen. Der Gesamtbeitrag beträgt somit 301.948,00€;

Partnerschaftsprogramm zwischen dem Bezirk Gulu und dem Land Südtirol

Seit November 2008 läuft ein Partnerschaftsprogramm zwischen dem Land Südtirol und dem Bezirk Gulu im Norden Ugandas, welches Maßnahmen im Bereich Weiterbildung und Landwirtschaft enthält. Darunter fallen die Unterstützung von Schulbauten und Bildungsprogrammen, die Informationstätigkeit zur Stärkung des Bewusstseins hinsichtlich der Bedeutung von Bildung, die Bereitstellung von Geräten und Materialien für die Berufsschule Lalogi, sowie die Unterstützung der Kleinbauern durch die Bereitstellung von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln sowie Beratung und Weiterbildung zu neuartigen Produktionsmethoden.

Auch im Jahr 2017 setzt man in Zusammenarbeit mit der Caritas Gulu und der Universität Gulu wie bereits in den vergangenen zwei Jahren auf die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Erschließung von neuen Märkten. Mit einer Reihe von Weiterbildungsaktivitäten zu innovativen Produktionsmethoden, dem Ankauf von Geräten für Mehrzweckproduktionsstätten (z.B. Mühlen und Verpackungsmaschinen, Geräte für die Herstellung von Karité Butter oder die Verarbeitung von Reis), die Schaffung von Gruppen von Herstellern und Verkäufern für mindestens drei landwirtschaftliche Produktionen sowie die Umsetzung der Marketing-Strategien soll das Einkommen der Kleinbauern gesteigert werden. Aufgrund der Auswirkungen der Klimaschwankungen auf die Landwirtschaft werden weiterhin Aufforstungsmaßnahmen unterstützt. Die Errichtung von Baumschulen mit mindestens 20.000 Setzlingen und entsprechende Ausbildungen zu Boden- und Wasserschutz zur Stärkung der Resilienz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sind geplant. Ebenfalls werden sog. Spar- und Kreditgruppen sowie der Aufbau von mindestens drei Genossenschaften mit gezielten Ausbildungs- und Begleitmaßnahmen unterstützt. Die

Gesamtausgabe für das Vorhaben beträgt 99.989€ mit Zweckbindung auf den Haushalt 2016/2017.

Noch ausstehende Initiativen, welche unter der Leitung der Universität von Gulu durchgeführt werden wie z.B. der Ankauf von Gerätschaften zur Honig- und Hühnerproduktion, werden im I.J. abgeschlossen.

Zusammenarbeit zwischen dem St. Mary's Hospital Lacor von Gulu, dem Sanitätsbetrieb Bozen und dem Land Südtirol

Im Jahr 2005 ist ein erstes Partnerschaftsabkommen zwischen dem Land Südtirol, dem Sanitätsbetrieb Bozen und dem St. Mary's Hospital in Gulu – Uganda, abgeschlossen worden. Das St. Mary's Krankenhaus ist für die medizinische Behandlung ein wichtiger Bezugspunkt für die gesamte Region, auch weit über die Grenzen Ugandas hinaus. Das Abkommen mit Südtirol sieht die Unterstützung für die Errichtung neuer medizinischer Fachabteilungen, sowie die Mitfinanzierung eines Austauschprogramms für das medizinische Personal der beiden Krankenhäuser und somit für die Ausbildung des medizinischen aber auch technischen Personals des Krankenhauses vor. Im Jahr 2010 wurde das Partnerschaftsabkommen auf weitere fünf Jahre verlängert und Primar Prof. Armin Pycha vom Krankenhaus Bozen zum medizinischen Projektkoordinator ernannt. Im Jahr 2016 wurde eine weitere Verlängerung um fünf Jahre beantragt.

Die Projekte, mit denen das Land Südtirol das Krankenhaus von Lacor seit 2006 unterstützt hat, beinhalteten die Stärkung der urologischen Abteilung, eines histologischen und zytologischen Dienstes, den Ausbau und die Verbesserung der Chirurgie, des diagnostischen Dienstes und die Stärkung der orthopädischen Abteilung. Seit dem Jahr 2011 hat das Land Südtirol den Ankauf und die Installation einer Fotovoltaikanlage für die autonome Energieversorgung der Operationssäle und der Notaufnahme des Krankenhauses Lacor mitfinanziert. Im Jahr 2013-2015 hat das Land drei Projekte für den Ankauf und die Installation von Solarpanelen unterstützt, um die Versorgung mit elektrischer Energie für die lebenswichtigen Notfalldienstleistungen des Krankenhauses bei Stromausfällen des nationalen Netzes zu garantieren. Dies v.a. um die laufenden Kosten des Krankenhauses dank der Nutzung von erneuerbaren Energien, auch im Sinne des Umweltschutzes zu senken. In den Jahren 2016-2018 will das Land dieses Projekt weiterhin unterstützen, um eine 50% Autonomie in der Stromversorgung des Krankenhauses zu erreichen und somit den ökologischen Fußabdruck eines der größten Krankenhäuser im Land zu verringern. Die kostengünstige und sichere Stromversorgung ist auch ein Ziel im Strategieplan 2012-2017 des Krankenhauses Lacor. Die geplante Ausgabe beläuft sich für den Jahreszeitraum 2016- 2018 auf 193.500,00 €, davon wurden 74.500,00 € im Jahr 2016 genehmigt und jeweils 59.500,00 € für 2017 und 2018 eingeplant.

Der Personalaustausch mit medizinischem und technischen Personal wird weiter geführt. 2016 haben eine Krankenpflegerin und ein Elektriker ein Praktikum am Krankenhaus Bozen durchgeführt, um ihre Kompetenzen zu stärken. Prof. Pycha und Dr. Mian haben zu Jahresende im Rahmen einer Dienstreise Know How in den Bereichen Urologie und Diagnostik ausgetauscht. Während seines

Aufenthaltes konnte Prof. Pycha die Wirksamkeit der Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien bestätigen.

Im Jahr 2017 wird der Personalaustausch weitergeführt. Die vom Land zu tragenden Kosten für den Personalaustausch sind in den obgenannten Ausgaben des Partnerschaftsprojektes inbegriffen.

Kapverden

Die Schüler der Oberschule für Landwirtschaft Auer haben 2016 auf Kap Verde ihr geplantes Betriebspraktikum absolviert. Die Praktika fanden an einer Berufsschule für Lebensmittelverarbeitung, am staatlichen landwirtschaftlichen Versuchszentrum und in einigen kapverdischen Betrieben statt. Außerdem hat ein kapverdischer Student der Fakultät Agrarwissenschaften und Umweltmanagement der Universität Bozen während eines dreimonatigen Aufenthalts auf der Insel Santiago Strategien für die verbesserte Nutzung des knappen Beregnungswassers im Anbau von Bananen entwickelt. Ein weiterer Studentenaustausch fand im Herbstsemester 2016/2017 an der Universität Bozen stand, wobei ein Student der Universität von Kapverden Kurse im Bereich Agrarwissenschaft absolviert hat. Der Student wird seine Abschlussarbeit über den Anbau von Erdbeeren verfassen. Er hat aufgrund der sehr positiven Erfahrung an der Universität Bozen Interesse gezeigt, an einem Masterkurs zur „Horticultural Science“ teilzunehmen, der von der Universität Bologna in Zusammenarbeit mit der Universität Bozen abgehalten wird. Das Land überprüft die Möglichkeit, ein Rahmenabkommen mit der Universität Bozen zu erneuern, das die Grundlagen schafft, Lehrstipendien für Studenten aus dem Ausland und eventuell auch für Studenten mit Migrationshintergrund, die sich in Südtirol aufhalten, zu finanzieren.

Im Herbst 2017 werden weitere Schüler der 4. Klasse ausgewählt, um ein Praktikum in Kapverden zu absolvieren. Es ist eine enge Zusammenarbeit mit der Agrarschule in Sao Jorge vorgesehen. Auch kapverdische Schüler sollen ein Praktikum in Südtirol absolvieren.

Nachdem die Schülerorganisation "Operation Daywork" für 2017 ein Projekt in Kap Verde ausgewählt hat, hat die Schülergruppe der Oberschule für Landwirtschaft beschlossen, dieses zu begleiten.

Tansania

In Sansibar wird das Amt für Kabinettsangelegenheiten 2017 ein Projekt des Gesundheitsministeriums unterstützen, das zum Ziel hat, die Zusammenarbeit mit den traditionellen Heilern bei Diabetes und Bluthochdruck zu verbessern. Die Heiler sollen eine Ausbildung erhalten, die es ihnen ermöglicht, zur Vorbeugung und Früherkennung dieser Krankheiten beizutragen. Es handelt sich um ein Pilotprojekt, das in anderen Regionen Afrikas repliziert werden kann.

NAHER OSTEN

Afghanistan

Afghanistan ist für das Land Südtirol aufgrund der hohen Armutsrate und politischer Unruhen weiterhin ein Schwerpunktland. Seit 2001 hat das Land Südtirol verschiedene Initiativen im Gesundheitsbereich und in den Bereichen Grund- und Oberschulbildung sowie Berufsausbildung zugunsten der betroffenen Bevölkerung unterstützt. 2016 wurde eine neue Vereinbarung mit einem der Partner der Südtiroler Entwicklungszusammenarbeit, der afghanischen Organisation Shuhada, zur Unterstützung des Bildungssektors geschlossen. Bereits im Jahr 2003 wurde in Jaghori in der Provinz Ghazni gemeinsam ein Kinderheim errichtet. Die neue Zusammenarbeit sah den Wiederaufbau einer der ältesten Schulen in der Provinz Daikundi vor. Die Oberschule "Sang-e-mom" in der Hauptstadt Nili umfasst 20 Klassenzimmer für 1.700 Studenten von der 1. bis zur 12. Stufe. Aufgrund der fehlenden Räumlichkeiten studieren die Studenten zurzeit im Freien oder in Zelten. Es handelt sich um eine Bubenschule, wobei im selben Gebiet bereits Mädchenschulen bestehen. Ein gemischter Unterricht an derselben Schule ist derzeit noch nicht möglich. 2016 wurde ein Großteil der Bauarbeiten durchgeführt, nach dem Winter werden sie nun in Kürze abgeschlossen.

Palästina

Das dreijährige Projekt der Nichtregierungsorganisation GVC „T.U.R.B.O. – Tubas Rural Business Opportunities and social innovation“, an dem sich das Amt für Kabinettsangelegenheiten als Partner beteiligt, wurde von der Italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (Agenzia Italiana per la Cooperazione allo Sviluppo) genehmigt. Das Projekt soll dazu beitragen, im Bezirk Tubas im Westjordanland Zukunftschancen für die Bevölkerung zu schaffen. Dazu sollen unter anderem öffentliche Einrichtungen im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen, Frauenrechten und dem Prinzip der Guten Verwaltung geschult werden, Infrastrukturen wie Straßen und Wasserzisternen geschaffen und Wirtschaftsunternehmen gestärkt werden. Die Rolle der Südtiroler Landesverwaltung ist es, den Bezirk dabei zu unterstützen, die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in der Finanzplanung zu berücksichtigen (Gender Budgeting) und die Bevölkerung in öffentliche Belange einzubeziehen (Partizipation). In den ersten Monaten des Jahres 2017 werden die Aufgaben und Ressourcen der Partner festgesetzt. Dem Land Südtirol stehen voraussichtlich 34.800,00€ zur Verfügung, die vom AICS finanziert werden, und es wird die Arbeit der Mitarbeiterinnen des Amts für Kabinettsangelegenheiten mit voraussichtlich 3.150,00€ bewerten.

Die entsprechende Vereinbarung mit den genauen Beträgen muss noch unterzeichnet werden.

Formattato: Tedesco
(Germania)

Libanon und Jordanien

Das Projekt „Unterstützung von syrischen Flüchtlingen in Jordanien während des Winters“ des UNO Flüchtlingshilfswerk UNHCR in Jordanien sowie das Projekt „Unterstützung der von der syrischen Krise betroffenen Gemeinden durch die Stärkung der sozialen Stabilität und die Schaffung von Ausbildungskursen und Dialog zwischen Jugendlichen“ der Nichtregierungsorganisation GVC, die beide vom Land in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 unterstützt wurden, werden in den ersten Monaten des Jahres 2017 abgeschlossen. Durch diese beiden Projekte sollen sowohl die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern in Jordanien als auch die Berufsausbildung für syrische Flüchtlinge und libanesischen Jugendliche verbessert werden.

Das Projekt von UNHCR wird vom Amt für Kabinettsangelegenheiten mit 140.000,00€ unterstützt und sieht Initiativen für Familien in schwierigen Situationen vor, die im Flüchtlingscamp Azraq und in städtischen Gegenden leben. 1.000 Familien wurden mit Heizöfen versorgt, 769 Familien erhielten eine finanzielle Unterstützung zur Vorbereitung auf den Winter (winterisation cash assistance). Das Projekt von GVC wurde mit 150.000,00€ finanziert und kommt syrischen Flüchtlingen und libanesischen Jugendlichen im Bekaa Tal zugute.

Irak

Seit 2015 finanziert das Land Südtirol ein Projekt der „Jiyan Foundation for Human Rights“ mit Sitz in Erbil, um Traumatherapeuten in der Region Kurdistan im Irak zu unterstützen. In der Region legen Hunderttausende Binnenflüchtlinge sowie syrische Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten geflüchtet sind. Viele Flüchtlinge sind Opfer von oft religiös motivierter Gewalt sowie des gezielten Genozids aber auch des Sklavenhandels. Besonders gravierend ist die Situation der Jesiden und Christen, die seit Jahren Verfolgungskampagnen ausgesetzt sind. Ziel des Projekts ist es, den Opfern von Gewalt eine angemessene Therapie anzubieten, mit dem Ziel das psychologische sowie emotionale Gleichgewicht der traumatisierten Opfer, vor allem Frauen und Kinder, wiederherzustellen.

Das Projekt wurde Ende 2016 erfolgreich abgeschlossen; es wurden 20 Mitarbeiter der Jiyan Foundation Behandlungszentren in Erbil, Sulaymaniyah, Chamchamal, Duhok, Halabja und Kirkuk in Kunsttherapie ausgebildet. Die kurdischen Behörden standen dem Projekt positiv gegenüber, da die Notwendigkeit von gut ausgebildeten Therapeuten gesehen wird. Als besonders positiv wird vor Ort geschätzt, dass das Projekt lokales Personal ausbildet und die Nachhaltigkeit somit besser gewährleistet wird. Internationale Organisationen entsenden vor allem Experten für kurze Zeiträume, ein nachhaltiges Arbeiten zugunsten von traumatisierten Menschen ist somit kaum möglich.

Die Jiyan Foundation möchte 2017 weitere 20 Therapeuten in Kunsttherapie ausbilden. Das Amt für Kabinettsangelegenheiten wird überprüfen, ob es möglich ist, die Fortführung dieses Projekts zu unterstützen und ob Ressourcen bereitgestellt werden können.

ASIEN

Nepal

Im Zuge der laufenden Zusammenarbeit des Landes mit der Stadtgemeinde Kathmandu wurden der Ausbau der Feuerwehr sowie des Zivilschutzes für die Stadt definiert. An vier Orten rund um die Stadt soll je eine neue Feuerwache mit 16 Mann errichtet werden soll. Im Zentrum von Kathmandu soll die Hauptwache saniert oder neu aufgebaut werden.

Der Bürgermeister von Kathmandu bat die Südtiroler Landesverwaltung um Unterstützung in der Planung und im Aufbau einer ersten Pilotstation.

Ein weiteres direktes Projekt des Landes in Nepal wird im Bereich Bergrettung umgesetzt. Bereits seit 2012 vermitteln Südtiroler Experten nepalesischen Medizinerinnen und Sherpas Techniken der Bergrettung und Notfallmedizin.

Aufgrund dieser Erfahrungen wurde gemeinsam beschlossen, ein Zivilschutzzentrum aufzubauen, das auch als Ausbildungszentrum für Bergretter und Notfallmediziner in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu dienen soll. Langfristig will man im höchstgelegenen Bergland der Welt, in dem bislang zahlreiche Hilfsorganisationen unkoordiniert arbeiten, ein effizientes einheimisches Rettungssystem aufbauen und so die Sicherheit im Himalaya erhöhen.

Im Jahr 2016 fanden verschiedenen Aussprachen mit allen beteiligten Partnern vor Ort statt, um die Möglichkeit zu überprüfen, ein einziges Zivilschutzzentrum aufzubauen, das als Ausbildungsstätte für die Bergrettung sowie für die Feuerwehr genutzt werden kann. Nachdem sich die Gemeinde Kathmandu, die Himalayan Rescue Association (HRA), das Land Südtirol und die Europäische Akademie Bozen mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung für die Errichtung dieses Zivilschutzzentrums ausgesprochen haben, konnte die eigentliche Planung begonnen werden.

Der Bergrettungsdienst im Alpenverein Südtirol hat daraufhin gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr Bozen und dem Institut für Alpine Notfallmedizin der Europäischen Akademie Bozen einen Entwurf für das Gebäude ausgearbeitet, der zwei getrennte Gebäude vorsieht, um die Aktivitäten der permanenten Feuerwache von jener der Bergrettung klar getrennt zu halten. Das gemeinsame Zentrum mit zwei zusammengebauten Gebäuden und einer gemeinsamen Übungshalle in der Mitte wird modular aufgebaut, damit im Zuge einer Vergrößerung eventuell neue Räume dazu gebaut werden könnten.

In der ersten Jahreshälfte des Bezugsjahres werden die Details für die Finanzierung, Errichtung und Verwaltung des Zentrums definiert und anlässlich des Besuches des Landeshauptmannes in Kathmandu im März 2017 wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet. Vorgesehen sind derzeit rund 500.000,00 € für den Bau des gegenständlichen Zivilschutzzentrums, wobei das Grundstück von

der Gemeinde Kathmandu zur Verfügung gestellt wird. Ebenfalls ist diese für die Ausschreibung und die Vergabe des Auftrages an ein lokales Unternehmen verantwortlich. Im Laufe des Lokalausgleichs konnten weitere Eckpunkte für das Projekt definiert.

SÜDAMERIKA

Ecuador

2017 wird das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt im Norden Ecuadors, an dem sich das Land Südtirol als Partner beteiligt, abgeschlossen. Dessen spezifisches Ziel war es, die Zivilgesellschaft und politische Partizipation zu stärken, die Inklusion, den Pluralismus und den Schutz der Menschenrechte zu fördern. Im Rahmen dieses Programms, welches in Zusammenarbeit mit der Föderation der nördlichen Provinzen Ecuadors (Mancomunidad del Norte – Provinzen Esmeraldas, Carchi, Imbabura und Sucumbios), der Nichtregierungsorganisation COSPE (Cooperazione per lo Sviluppo dei Paesi Emergenti) und der Autonomen Provinz Bozen umgesetzt wurde, sollte die Verwaltung der autonomen Regierungen der „Mancomunidad del Norte“ von Ecuador, durch die Umsetzung partizipativer Prozesse und die Methode der ergebnisorientierten Steuerung gestärkt werden. Das Land Südtirol hat im Jahr 2014-2015 im Rahmen von drei Missionen durch Experten der Verwaltung sowohl für die ergebnisorientierte Steuerung als auch für Partizipation an den Seminaren in Ecuador teilgenommen. Im Juni 2015 hat eine vom Land organisierte einwöchige Weiterbildung in Bozen stattgefunden, an der verschiedene Beamte der vier Provinzen der „Mancomunidad“ teilgenommen haben. Ziel der Weiterbildung war es, den Teilnehmern einen Einblick in die öffentliche Verwaltung des Landes und in die Nutzung des geographischen Informationssystems GIS zu gewähren und Erfahrungen im Bereich der partizipativen Planung auszutauschen. 2015 wurde eine Zusammenarbeit mit einem Experten in GIS (Geoinformationssystem) der Abteilung Informatik aufgenommen, diese wurde 2016 durch eine Mission in Ecuador gestärkt.

Der Austausch mit Südtirol war der wichtigste Aspekt des Projekts: Experten des Landes schulten die Verwalter in Ecuador über Sammlung und Veröffentlichung von Daten, die die Analyse und Planung für öffentliche Einrichtungen ermöglichen. Zudem wurde auch die Landesplattform OpenData vorgestellt, die die Lesbarkeit von Daten für eine lokale Entwicklung erleichtert.

OSTEUROPA

Bosnien – Herzegowina

Im Zuge eines Lokalausgleichs in Srebrenica im November 2015 fand zwischen Vertretern von Südtiroler Organisationen, dem zuständigen Amt des Landes Südtirol und dem Bürgermeister von Srebrenica eine Aussprache bezüglich einer möglichen Partnerschaft statt. Der Bürgermeister von Srebrenica bekräftigte im

Jahr 2016 in einem Brief an den Landeshauptmann den politischen Willen, eine Zusammenarbeit mit dem Land Südtirol vor allem im Bereich der Landwirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung aufbauen zu wollen. Es wurde hervorgehoben, dass Srebrenica optimale Natur- und Umweltbedingungen für die Entwicklung von landwirtschaftlichen Initiativen aufweisen könne, vor allem in Bezug auf den Obst- und Getreideanbau sowie die Bienenzucht. Auf den Ressourcen des Gebietes aufbauend, sollte die Zusammenarbeit vor allem nachhaltige Initiativen zur Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatdörfer vorsehen, u.a. Ausbildungsprogramme im Bereich der Landwirtschaft, Viehzucht und Bienenzucht, sowie den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen wie Traktoren, die sich für das Gelände rund um Srebrenica eignen, aber auch die Planung von Tropfbewässerungssysteme - oder anderer nachhaltiger Systeme – und die Unterstützung für den Bau von Lagerhallen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Beratung und Unterstützung für den Anbau von Äpfeln, Pflaumen, Birnen, Walnüssen, Himbeeren, für die optimale Bedingungen bestehen.

Das Land möchte nun auf der Grundlage dieser Anfrage eine Zusammenarbeit mit der Organisation aus Padua „Landwirte ohne Grenzen“ initiieren, welche seit 2013 in diesem Gebiet ein Projekt für den Anbau von Buchweizen durchführt. Das Projekt wurde auf Wunsch von jungen Familien, die in der Fraktion Osmace, einem muslimischen Dorf in den Bergen rund um Srebrenica, ca. 970 m über dem Meeresspiegel, geboren sind, in die Wege geleitet. Dieses Projekt, das den Anbau von ca 13 ha Buchweizen ermöglicht hat, hat den jungen Rückkehrern die Möglichkeit geboten, sich den Lebensunterhalt mit der Landwirtschaft zu verdienen.

Aufgrund einer Analyse der aktuellen Bedürfnisse, die vom Verein „Landwirte ohne Grenzen“ durchgeführt wurde, will das Land Südtirol vor allem die Ausbildung/Beratung im Bereich des Obstbaus und den Ankauf und die Verteilung von Saatgut, Geräten und sonstigen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln sowie die Weiterverarbeitung und Verpackung von Produkten mittels der Renovierung einer alten Mühle für junge Produzenten der Dörfer Osmace und Brezani unterstützen. Über die italienische Entwicklungszusammenarbeit wurde in den letzten Jahren der Aufbau einer Genossenschaft für den Vertrieb von kleinen Früchten unterstützt.

Albanien

Im Jahr 2016 ist von der italienischen Agentur für die Entwicklungszusammenarbeit ein Drei-Jahres-Projekt zur ländlichen Entwicklung der Zadrime-Ebene in Nordalbanien genehmigt worden, an dem auch das Landesamt für Kabinettsangelegenheiten mitwirkt. Demnach soll der jungen Generation der dortigen Landwirte das Wissen vermittelt werden, um auch in Zukunft von der Landwirtschaft angemessen leben zu können und der Landflucht und Auswanderung entgegenzuwirken. Dazu zählen vor allem das Know-how über den Biolandbau und den nachhaltigen ländlichen Tourismus, wie er sich auch in Südtirol erfolgreich etabliert hat. Das Projekt umfasst ein Gesamtbudget von rund 1,67 Millionen Euro, 100.000,00 Euro kommen vom Land Südtirol.

Das Hauptziel des Projektes ist vor allem die qualitative aber auch quantitative Steigerung der Produktion der kleinbäuerlichen Betriebe: Sie bauen Obst und Gemüse an und halten und züchten Ziegen und Schafe. Während der Verein der Biobauern aus dem Veneto das notwendige Know-how zum biologischen Anbau liefert, liegt die Aufgabe Südtirols in der Organisation einer Fortbildung für Jungbauern und -bäuerinnen aus der Zadrima-Ebene in Südtirol. Darin teilen einheimische Landwirte ihre Erfahrungen mit dem erfolgreichen Modell des ländlichen Tourismus, wie er in Südtirol unter dem Begriff Urlaub auf dem Bauernhof angeboten wird, mit den albanischen Jungbauern. Ziel ist es, die nordalbanischen Bauern hin zu einer erfolgreichen Führung von Gastbetrieben in ihrem ländlichen Gebiet zu begleiten. Auf diese Weise sollen die jungen und arbeitsamen Menschen dieser Gegend bessere Chancen erhalten, in Zukunft ihre Wertschöpfung zu erhöhen, um den Familien aus ihren heimischen Kleinbetrieben ein angemessenes Auskommen zu ermöglichen. Aus einem eigenen Fonds sollen Zadrima-Bauern Zugang zu Finanzierungen erhalten, um Projekte im Bereich des Biolandbaus und des ländlichen Tourismus zu konzipieren und durchzuführen. Zusätzlich führt das Frauenzentrum der Stadt Scutari in Nordalbanien, einer der Projektpartner, eine Studie durch, die die Rolle der Bäuerinnen in der Landwirtschaft aufzeigt und dazu beiträgt, das Potential der Frauen in der Gesellschaft zu stärken. Bereits in der Ausarbeitung des Projektes hatte das Amt für Kabinettsangelegenheiten, zuständig für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirol, alles drangesetzt, einen eigenen Kurzlehrgang für die weiblichen Gäste aus der Zadrima-Ebene zu organisieren. Erfreulicherweise hat es die Zusage der Südtiroler Bäuerinnenorganisation erhalten, diesen mit Hilfe ihrer Mitglieder und in Zusammenarbeit mit den Fachschulen für Hauswirtschaft und Ernährung aktiv mitgestalten zu wollen.

Minderheitenschutz

Vorhaben zugunsten der tibetischen Bevölkerung im Exil

Zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der in ihrer Heimat unterdrückten tibetischen Minderheit, wird das Land Südtirol im laufenden Jahr erneut die tibetischen Flüchtlinge in Indien mit Projekten unterstützen.

Das Land hat letzthin mit einem Gesamtbeitrag in Höhe von 44.000,00€ (1. Zahlung 12.000,00€ und 2. Zahlung 32.000,00€) ein zweijähriges landwirtschaftlichen Pilotprojekt in einer der 39 tibetischen Siedlungen, Bylakuppe in Südindien unterstützt, das Maßnahmen zur Einführung der Tropfenbewässerung, Fortbildungsmaßnahmen, Produktion von verbessertem Saatgut sowie den Aufbau von Gemüsevorzeigegärten zum Inhalt hat und sich somit den Aufbau einer modernen nachhaltigen Landwirtschaft zum Ziel setzt.

Vom 17. Mai bis zum 28. Mai 2016 waren tibetische Experten aus Dharamsala in Indien auf Einladung des Amtes für Kabinettsangelegenheiten in Südtirol und des

Versuchszentrums Laimburg zu Besuch. Die zwei Agrartechniker Dhondup Tsering und Tenzin Losel vom Innenministerium der tibetischen Exilregierung in Dharamsala konnten in der zweiwöchigen Lehrfahrt insgesamt sechs landwirtschaftliche Modellbetriebe in Südtirol kennenlernen. Im Land- und Forstwirtschaftlichem Versuchszentrum Laimburg, das aktiv am Pilotprojekt in Indien beteiligt ist und ihr technisches Know How zur Verfügung stellt, erhielten sie auch Einblicke in die verschiedenen Lagertechniken und Bewässerungssysteme. Anlässlich des Besuches der Delegation im Mai 2016 wurde den zwei tibetischen Vertretern ein Folgeprojekt in Aussicht gestellt, das mit Erfolg durchgeführte Maßnahmen in anderen Siedlungen replizieren soll.

Es wurde ein Folgeprojekt eingereicht, um die bereits durchgeführten Initiativen in der Siedlung Bylakuppe auf andere tibetische Siedlungen auszudehnen, insbesondere die erlernten Methoden zur Tropfenbewässerung. Der Projektantrag sieht die Vergabe von Kleinkrediten an Landwirte vor, um das erlernte Wissen konkret umzusetzen. Außerdem sollen für bereits bestehende Frauengruppen Betriebsmittel für die Verarbeitung von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt und den Jungbauern Kurse angeboten werden. Einen weiteren Fokus legt der Projektantrag auf die Erarbeitung von Marketingstrategien für den Verkauf der Produkte.

Während des Lokalausgangs einer Südtiroler Delegation im März diesen Jahres hat die tibetische Exilregierung dem Land ein prioritäres Projekt vorgestellt, um die Kommunikation durch Ausbau der Radio- und Fernsehstation der Exilregierung zu verstärken. Weiters will das Land in Zusammenarbeit mit der tibetischen Exilregierung auch eine Konferenz über Minderheiten und Autonomie veranstalten.

Myanmar

Ein Projekt, das sich den Schutz der Minderheit Pa-O in dem autonomen Gebiet Ho pong Nahe der Stadt Taunggyi im Shan Staat in Myanmar zum Ziel setzt, wurde über eine Südtiroler Organisation eingereicht. Myanmars Bevölkerung weist eine hohe Analphabetenrate auf mit einer geringen Anzahl von berufstätigen Frauen. Über die Unterstützung von 150 landwirtschaftlichen Kleinbetrieben mit Ausbildungsmaßnahmen sollen alternative Wirtschaftskreisläufe zum Anbau von Mohn im Gebiet Ho pong geschaffen werden.

Die Vertreterin von AVSI Myanmar konnte während eines Besuches in Südtirol die Problematiken im Zusammenhang mit dem Minderheitenschutz erläutern. In Myanmar existieren derzeit rund 55 ethnische Gruppen, die schutzbedürftig sind. Sie stellte außerdem die bereits erzielten Ergebnisse in der Landwirtschaft vor, u.a. der Anbau von Soja anstelle des Anbaus von Mohn, die Schaffung von Modellbetrieben für Trainingszwecke und Maßnahmen, um die hohe Mangelernährung (38% der Bevölkerung ist betroffen) zu reduzieren. AVSI wird sich gemeinsam mit der Autonomen Provinz Bozen an der nächsten Ausschreibung der italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit

beteiligen. Ein integriertes ländliches Entwicklungsprogramm, das sich den Schutz von Minderheiten in Myanmar zum Ziel setzt, soll ausgearbeitet und zur Finanzierung eingereicht werden.

Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Sendereihe und der Internetplattform „Minet“

Die TV-Senderreihe „Minet – Minderheitenmagazin“, die seit dem Jahr 2004 ausgestrahlt wird, ist als Fernsehprogramm des Rai Sender Südtirols eines der wichtigsten Informationsinstrumente im Bereich Minderheiten für die Südtiroler Bevölkerung. Thematisiert wurden unterschiedliche Aspekte zu Minderheiten, die am Beispiel europäischer aber auch außereuropäischer Minderheiten aufgegriffen und behandelt werden. Zudem wurde vor einem Jahr die dreisprachige Internetplattform www.minet-tv.com online eingerichtet. In fast allen Ausgaben des Minderheitenmagazins konnten Schwerpunkte im Bereich der Bewusstseinsbildung und Entwicklungszusammenarbeit behandelt werden. Auch im laufenden Jahr werden Themen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes behandelt. Die thematischen Schwerpunkte für das Bezugsjahr sind folgende: Nachhaltige Entwicklungsziele, die Krise im Nahen Osten, Ursachen der Migration sowie die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit angesichts des aktuellen Weltgeschehens.

Bewusstseinsbildung und globales Lernen

Förderung der Projekte der Organisationen

Die Südtiroler Organisationen sind wichtige Akteure der Bewusstseinsbildung und des globalen Lernens. Sie sind Träger vieler Initiativen, die sich zum Ziel setzen, die Südtiroler Bevölkerung über entwicklungspolitisch relevante Themen zu informieren und sensibilisieren.

Die Projektvorschläge für Initiativen im Bildungsbereich für das Jahr 2017 sind von den Organisationen innerhalb 31. Oktober 2016 eingereicht worden. Die Bewertung und Genehmigung der Projekte wurde im Januar 2017 abgeschlossen. Insgesamt wurden für das laufende Jahr 19 Projekte mit einer Gesamtfinanzierung von 441.057,00€ genehmigt.

Die Projekte der Organisationen behandeln verschiedene Themenbereiche: Migrationsursachen, humanitäre Krisen und Konflikte, alternative und nachhaltige Finanzierungsformen wie fairer Handel, Partnerschaften zwischen Nord und Süd sowie Solidarität zwischen Völkern, Menschenrechte.

Viele Initiativen richten sich an ein junges Publikum, das an Themen wie Entwicklungszusammenarbeit, verantwortlichen Konsum und Migrationsursachen herangeführt werden soll. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Förderung von Initiativen, die einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der Probleme

der Minderheiten in Zusammenhang mit der Bewahrung und dem Schutz ihrer Rechte leisten.

In diesem Jahr soll die Zusammenarbeit mit und zwischen den Akteuren der Bewusstseinsbildung verstärkt werden. Anfang Januar hat bereits ein erster Koordinierungstisch stattgefunden, mit dem Ziel, sich über die für 2017 geplanten Aktivitäten auszutauschen und eine Zusammenarbeit zwischen Organisationen, die zu ähnlichen Themen arbeiten, anzuregen. Die Organisationen haben dabei das Amt für Kabinettsangelegenheiten gebeten, mehrmals pro Jahr Netzwerktreffen zu veranstalten, um die Zusammenarbeit zu spezifischen Themen, wie z.B. Fluchtursachen und ein alternatives Wirtschaftssystem zu verbessern.

Projekte und Initiativen des Landes

In Rahmen der Bewusstseinsbildung und des globalen Lernens werden neben den von den Organisationen und Freiwilligen vorgeschlagenen und durchgeführten Projekten auch Initiativen unterstützt, die direkt vom Land Südtirol initiiert und koordiniert werden, wie etwa spezifische Konferenzen oder Informationsabende zu den gemeinsam mit den Südtiroler Organisationen vereinbarten Schwerpunktthemen. Die Schwerpunkte, die für das Jahr 2017 bereits ausgewählt wurden, betreffen folgende Themenbereiche: Minderheiten in Konfliktregionen sowie Migrations- und Fluchtursachen.

Auch 2017 soll es eine gemeinsame Veranstaltung geben, für die die Organisationen bis Ende Februar Vorschläge einreichen konnten.

Im Februar 2017 organisierte die Gesellschaft für bedrohte Völker in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kabinettsangelegenheiten einen Abend zur Situation im Nordirak. Es referierte Salah Ahmad, Psychotherapeut und Präsident der Jiyan Foundation. Das Amt für Kabinettsangelegenheiten finanziert ein Projekt der Stiftung.

Der Südtiroler Landtag hat am 15. September 2016 den Beschlussantrag 663/2016 genehmigt, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, Initiativen im Gebiet von Rojava zu unterstützen, mit dem Ziel, ein autonomes Gebiet zu unterstützen. Im April 2017 wird das Amt für Kabinettsangelegenheiten als direktes Projekt des Bewusstseinsbildung mit der Gesellschaft für bedrohte Völker und der EURAC eine Tagung zu den demokratischen und autonomen Bestrebungen in Rojava organisieren.

Das Amt beteiligt sich auch am Projekt „Stimmen von den Grenzen: die Globalisierung aus Sicht der Grenzen und Peripherien“ der Nichtregierungsorganisation Amref Health Africa Onlus. Das 18-monatige Projekt läuft 2017 an und wird von der Italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit mit 500.000,00€ kofinanziert. Ziel des Projekts ist es, in Italien ein Netzwerk aufzubauen, um die Bevölkerung und öffentliche Entscheidungsträger über Migrationsursachen zu informieren.

Das Amt für Kabinettsangelegenheiten wird von der italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit AICS mit einem Betrag von 10.000,00€ kofinanziert und trägt mit eigenen Ressourcen über 2.500,00€ zum Projekt bei.

Das Projekt integriert sich in einen Projektantrag mit denselben Zielen und mit dem Titel "Snapshots from the borders – Small towns facing the global challenges of Agenda 2030", den die Gemeinde Lampedusa bei der Europäischen Union eingereicht hat (Ausschreibung EuropeAid/151103/DH/ACT/Multi-4 "Raising public awareness of development issues and promoting development education in the European Union"). 30 Körperschaften und Organisationen aus 14 europäischen Ländern, darunter das Land Südtirol, möchten sich als Partner am dreijährigen Projekt beteiligen. Der Projektantrag wurde von der EU am 6. März gutgeheißen. Nach Abschluss der noch ausstehenden administrativen Kontrollen bezüglich der teilnehmenden Partner wird die definitive Mitteilung erwartet.

Ein weiteres Ziel der Entwicklungszusammenarbeit des Landes ist es, zur Unterstützung des fairen Handels und der unternehmerischen Fähigkeiten in den Partnerländern beizutragen. Das Politecnico Mailand hat eine Methode entwickelt, um die Wirksamkeit von Projekten zur Stärkung der wirtschaftlichen Fähigkeiten in einem Entwicklungskontext zu überprüfen. Zudem ist es Aufgabe der Südtiroler Landesverwaltung, die Wirkung und Effizienz der finanzierten Projekte zu überprüfen. Das Amt für Kabinettsangelegenheiten wird daher im Zeitraum von 18 Monaten gemeinsam mit dem Politecnico diese Methode in zwei Projekten von CTM Altromercato anwenden, um zu überprüfen, ob sie die geplanten Ziele erreicht haben. Beide Projekte wurden vom Amt für Kabinettsangelegenheiten im Jahr 2016 finanziert. Es handelt sich um die Projekte „Verbesserung der zentralen Produktionsstätte der Organisation Meru Herbs zugunsten der landwirtschaftlichen Kleinproduzenten des Bezirks Tharaka“ in Kenia sowie „Programm zum Wiederaufbau nach dem Erdbeben - Partner Fair Trade“ in Nepal. Im Jahr 2017 soll die Vereinbarung mit dem Politecnico geschlossen sowie die Projektaktivitäten aufgenommen werden.

Kommunikation und Transparenz

Ein vorrangiges Ziel ist auch über die Arbeit der Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene zu berichten. Die Bürger und Bürgerinnen sollen über die Rolle, die Bedeutung und den Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit in ihren verschiedenen Formen informiert werden u.a. auch über die zahlreichen Notstandsmaßnahmen bei Krisen- und Konfliktsituationen. Vor allem soll vermittelt werden, welche Rolle die Entwicklungszusammenarbeit bei der Armutsreduzierung und für ein nachhaltiges Wachstum spielen kann.

Ein Instrument hierfür ist die Webseite des Landes mittels welcher man die Kommunikation der Entwicklungszusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verbessern möchte, um ein breiteres Publikum zu erreichen. Die neuen Medien werden insbesondere von den Jugendlichen vermehrt genutzt und sind daher eine wichtige Plattform für die Vorstellung der Projekte und Programme des Amtes.

2017 soll das neue Internetportal online gehen, über das neben Fotos und Videos auch Interviews und Reportagen abrufbar sein werden.

Die Online- Datenbank, in der ca. 2.000 vom Land Südtirol seit 1991 unterstützte Projekte angeführt sind, wird wie jedes Jahr ajourniert und ist online abrufbar.

Die Inhalte der Landeswebseite werden auch über die Facebook Seite der Entwicklungszusammenarbeit „APB Entwicklungszusammenarbeit“ kommuniziert.

Im Jahr 2017 wird die Kommunikation durch Video fortgeführt. Insbesondere soll eine Videoproduktion zum grenzüberschreitenden Euregio Programm zusammen mit einer Wanderausstellung und einer Broschüre verfasst werden. Mitgetragen werden auch TV-Produktionen, welche Themen wie Minderheitenschutz, Entwicklungszusammenarbeit und Bewusstseinsbildung behandeln.

Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau

Bei Naturkatastrophen, Krisensituationen, Hungersnöten und in instabilen Post-Konflikt-Gebieten leistet das Land Südtirol im Rahmen seiner Möglichkeiten auch schnelle Hilfe.

Zu den Ländern, in denen Südtirol in der Vergangenheit humanitäre Hilfe geleistet hat, gehören Bosnien und Herzegowina, Kosovo, die Tsunami-Gebiete in Indonesien, Indien und Sri Lanka, Palästina, das Horn von Afrika und andere betroffene Gebiete in Afrika. Ziel ist es, den Katastrophenopfern schnell Hilfe zukommen zu lassen, die Not zu lindern und die Betroffenen soweit zu unterstützen, dass sie ihre Integrität und Würde bewahren können. Konkrete Beispiele für humanitäre Hilfe sind die Bereitstellung von Zelten, Decken und anderen lebensnotwendigen Gütern wie Medikamente, Nahrungsmittel und medizinische Geräte.

Da im vergangenen Jahr eine Sonderausschreibung zur Unterstützung von entwicklungsorientierten humanitären Projekten stattgefunden hat, wurde eine große Anzahl von Projekte in sogenannten Krisengebieten wie z.B. Irak, Syrien, Libanon im Nahen Osten oder Zentralafrikanische Republik und Südsudan in Afrika über diese außerordentliche Finanzierungsschiene unterstützt.

Nur in Folge des verheerenden Erdbebens in Ecuador vom 16. April 2016 stellte die Südtiroler Landesregierung daher eine Soforthilfe von 60.000,00€ zur Verfügung. 40.000,00€ gingen an die Erzdiözese Portoviejo, die mit den Geldern Lebensmittel und notwendige Güter für die betroffene Bevölkerung ankaufen konnte. Mit 20.000,00€ unterstützte die Nichtregierungsorganisation AVSI 20 Familien, die vom Erdbeben schwer getroffen und deren Wohnungen verwüstet wurden.

Die beiden Notstandsprojekte wurden 2016 direkt nach dem Erdbeben umgesetzt und abgerechnet.

Weite Teile Mitteleuropas wurden im Juni 2013 von verheerenden Unwettern heimgesucht. In einigen Gebieten Deutschlands und Österreichs wurden zahlreiche Infrastrukturen durch diese Hochwasserkatastrophe stark beschädigt. Daraufhin hat die Landesregierung in ihrer Sitzung vom 10.06.2013 beschlossen,

sowohl dem österreichischen Bundesland Tirol als auch dem deutschen Freistaat Bayern eine finanzielle Soforthilfe zu gewähren.

Auf Vorschlag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration wurde der Beitrag in Bayern für die Beseitigung von Hochwasserschäden an der Orthopädischen Kinderklinik Aschau verwendet. Das Projekt wurde umgesetzt und wird zurzeit abgerechnet.

Die Tiroler Landesregierung entschied hingegen die bereitgestellten Mittel zur Beseitigung von Hochwasserschäden an der öffentlichen Infrastruktur (Bauhof, Feuerwehrhaus, Klärwerk usw.) der Gemeinden Kössen und Waidring einzusetzen. Für das Projekt „Beseitigung von Hochwasserschäden an der öffentlichen Infrastruktur der Gemeinden Kössen und Waidring“ des Landes Tirols wurde eine Verlängerung der Vereinbarung bis Ende Juni 2017 gewährt.

In Folge von Erdbeben wurden in den letzten Jahren verschiedene Wiederaufbaumaßnahmen unterstützt. So wurde in Ocre in der Region Abruzzen der Aufbau eines Kulturzentrums und in Finale Emilia in Emilia Romagna der Bau einer Schule finanziert.

2017 wird von der Abteilung Präsidium und Außenbeziehungen infolge des schweren Erdbebens in Mittelitalien im Jahr 2016 die Ko-Finanzierung eines Projekts der Provinz Trient zum Bau eines Studentenheims für die Universität Camerino begleitet.

Bereitstellung von abgeschriebenen beweglichen Gütern für Entwicklungsprojekte

In den letzten Jahren wurden vermehrt Gerätschaften, Ausrüstungen und Fahrzeuge, die in Südtirol nicht mehr verwendet werden, aber noch funktionstüchtig sind, für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt. Es handelt sich dabei v.a. um medizinische sowie informationstechnische Geräte und Ausstattung für die von Seiten der Organisationen und Einrichtungen im Süden großes Interesse besteht. Das Amt sorgt für die Bewertung der Projekte und der Organisationen, für welche die Geräte bereitgestellt werden.

Zwischen 2017 und 2019 werden sechs nicht mehr genutzte Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr zugunsten der Feuerwehren in Nepal und Moldawien bereitgestellt.

Projektkontrollen

Im Laufe des Jahres 2017 werden die Kontroll- und Bewertungsmaßnahmen für laufenden oder abgeschlossenen Projekte und Programme verstärkt, im Sinne der geltenden Kriterien gemäß Gesetz Nr. 5/1991, mit dem Ziel Effizienz, Relevanz, Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der geförderten Entwicklungsinitiativen zu gewährleisten. Die Stichprobenkontrollen erfolgen entweder mittels Lokalausganschein oder durch Überprüfung der Projektdokumentation bei den Projektträgern bei Kontrollen von Projekten der Bewusstseinsbildung.

Im November 2016 fand ein Lokalaugenschein in Kamerun statt, wobei ein Projekt vom Verein Etica Mundi unter der Vereinbarung 45/2014, das nach dem Zufallsprinzip ausgelost wurde, einer genauen Kontrolle unterzogen wurde. Außerdem wurden weitere 7 Projekte begutachtet, welche in den letzten fünf Jahren vom Land Südtirol unterstützt wurden.

Im März 2017 besuchte der Landeshauptmann mit einer Delegation aus Experten der Entwicklungszusammenarbeit Nepal sowie die tibetische Exilregierung in Indien und besichtigte bei dieser Gelegenheit mehrere Projekte, die von der Entwicklungszusammenarbeit des Landes kofinanziert wurden.

Neues Landesgesetz zur Entwicklungszusammenarbeit

Am 1. Jänner 2016 ist das neue staatliche Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit - "Disciplina generale sulla cooperazione internazionale per lo sviluppo" - Nr. 125 vom 11.08.2014 in Kraft getreten. Es ersetzt das Gesetz Nr. 49/1987, welches den Bereich in den letzten 30 Jahren geregelt hatte.

Mit dem neuen Gesetz wurden sowohl der Nationalrat für Entwicklungszusammenarbeit sowie die Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (www.agenziacooperazione.gov.it) eingerichtet und die Rolle neuer Akteure wie auch jene der Regionen und autonomen Provinzen hervorgehoben. Im Nationalrat, der aus 48 Mitgliedern besteht, sind die Zivilgesellschaft, die Non-Profit-Organisationen, die Genossenschaften und sozialorientierten Unternehmen, die ethischen Bankinstitute, die Migranten- und Gewerkschaftsorganisationen sowie auch die Regionen und autonomen Provinzen vertreten. Innerhalb dieses beratenden Organs sind vier thematische Arbeitsgruppen eingerichtet worden, welche folgende Bereiche abdecken: Maßnahmen zur Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung; Kohärenz, Wirksamkeit und Evaluation; Strategien und Richtlinien der italienischen Entwicklungszusammenarbeit; Die Rolle des privaten Sektors in der Entwicklungszusammenarbeit sowie Migration und Entwicklung. Mit diesen Arbeitsgruppen sollen die Arbeiten des Beirates implementiert und inhaltlich aufgewertet werden. Sowohl im Beirat als auch in den Arbeitsgruppen sind die Vertreter der Regionen und autonomen Provinzen eingebunden, wobei das Land Südtirol bei der ersten Arbeitsgruppe mit dem Thema „Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung: kohärente Politiken, Effizienz, Evaluierung“ mitarbeitet.

Im Januar 2016 wurden auch erste Richtlinien für nichtgewinnorientierte Organisationen bezüglich der Akkreditierung bei der neuen Agentur veröffentlicht. Weitere Regelungen, insbesondere Durchführungsbestimmungen zum neuen Staatsgesetz, sind noch ausständig.

Angesichts der Notwendigkeit, das Landesgesetz in einigen Punkten zu überarbeiten und zu aktualisieren, wird im Laufe dieses Jahres in Zusammenarbeit mit den Südtiroler Akteuren ein Entwurf hierzu ausgearbeitet, der auch den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen muss.

Liste von Experten im Bereich Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungsarbeit des Landes besteht seit 1991 auch dank der Arbeit vieler Organisationen sowie Expertinnen und Experten, die sich im Laufe der Jahre viele Kompetenzen und Erfahrungen im Bereich angeeignet haben. Um diese Erfahrungen zu nutzen, will das Amt für Kabinettsangelegenheiten eine Liste von Experten und Expertinnen in verschiedenen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit aufstellen. Im Laufe des Jahres werden die Kriterien für die Aufnahme in die Liste veröffentlicht, und zwar auf der Webseite der Entwicklungszusammenarbeit www.provinz.bz.it/entwicklungszusammenarbeit.

Anmerkungen

Abschließend sei hervorgehoben, dass die genannten Beträge ausschließlich richtungsgebenden Charakter haben und keine definitiven Finanzierungsbeiträge darstellen. Diese werden nach Überprüfung und Ausarbeitung der Projekte und Programme mit dem jeweiligen Genehmigungsakt festgelegt und können Abweichungen nach unten oder nach oben gegenüber den genannten Beträgen aufweisen.

Weiters wird im Hinblick auf alle erwähnten Aufgabenbereiche darauf verwiesen, dass die gegenständliche Auflistung der Projekte und Initiativen nicht erschöpfend ist und durch entsprechende Maßnahmen im Laufe des Jahres erweitert werden kann, sofern Änderungen oder Ergänzungen erforderlich sind. Dies kann im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und in Abstimmung mit thematischen und geografischen Prioritäten, welche auf Landes-, Nationaler, Europäischer oder Internationaler Ebene beschlossen werden, erfolgen.

Bozen, den 16.03.2017

Programma annuale della Cooperazione allo sviluppo della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2017

Introduzione

Il 2017 sarà un anno importante per la cooperazione allo sviluppo a livello europeo perché si arriverà all'approvazione del nuovo "European Consensus on Development", il documento che riformerà le regole di base della cooperazione allo sviluppo oltre a ridefinirne gli obiettivi e i valori di riferimento. Il processo di discussione del nuovo "Consenso Europeo sullo Sviluppo" fornirà quindi l'occasione per definire gli obiettivi, i valori e principi condivisi per cui l'UE e gli Stati membri si sono impegnati nell'adozione dell'Agenda 2030 per lo sviluppo sostenibile e dovrà costituire una solida base per un approccio comune nel prossimo decennio.

In questi anni la cooperazione allo sviluppo sta vivendo importanti innovazioni e cambiamenti dovuti anche alla continua crisi a livello internazionale in particolare nel continente africano e medio orientale e dovrà essere rinnovata di nuovi strumenti in grado di far fronte all'attuale situazione internazionale. I conflitti e le crisi alimentari in Siria ed Iraq ma anche in Sud Sudan e nella Repubblica Centrafricana richiedono alla comunità internazionale una risposta rapida in termini di aiuti umanitari per ridurre le sofferenze delle popolazioni. Anche la Provincia ha colto l'appello e ha sostenuto nel 2016, tramite un bando straordinario, numerosi progetti umanitari orientati allo sviluppo attualmente in fase di realizzazione che stanno contribuendo a rispondere ai bisogni più urgenti.

Oltre alle risposte alle numerosi crisi è però anche importante proseguire a sostenere progetti e programmi nei paesi considerati strategici per la cooperazione allo sviluppo della Provincia come l'Uganda, la Tanzania, il Burkina Faso, il Nepal l'Afghanistan ed il Libano. Solo così sarà possibile creare le premesse per uno sviluppo duraturo e allo stesso tempo di prevenzione delle crisi e dei flussi migratori ad esse collegate. La creazione di partenariati territoriali duraturi nel tempo nonché la realizzazione di programmi di sviluppo integrati si sono dimostrati vincenti. Ma anche il rafforzamento della società civile e il sostegno ai processi di democratizzazione e della ownership dei paesi partner sono di grande importanza.

Uno nuovo strumento per la lotta alla povertà nel Sud del mondo potrà inoltre essere trovato nella valorizzazione di tutti gli attori dei territori compreso il settore privato, tramite la creazione di lavoro e la crescita economica inclusiva, che deve prevenire interventi che possano risultare in un uso delle risorse non coerente con gli obiettivi di sviluppo. Del resto, l'esperienza mostra come sia necessario esplorare sinergie tra attori di diversa natura (piccole e medie imprese e settore no

profit) nell'individuazione di iniziative che incentivino lo sviluppo nei paesi in via di sviluppo. Da parte dei Paesi del Sud del mondo cresce infatti la richiesta per una maggiore presenza del settore privato dei territori partner quale veicolo per attivare lo sviluppo locale.

Nel percorso di riforma della legge provinciale sulla cooperazione allo sviluppo si terrà quindi conto del ruolo che possono avere tutti gli attori dei territori: enti locali, università, privati, fondazioni o aziende che si ispirano ai concetti della *corporate social responsibility* o cooperativistici al fine di cogliere appieno le nuove opportunità di trasformare le politiche di cooperazione in un investimento strategico di co-sviluppo, rafforzando anche il ruolo della Provincia di Bolzano quale partner affidabile nel contribuire a costruire una globalizzazione più equa e sostenibile.

Le misure volte alla promozione di misure per uno sviluppo economico sostenibile e duraturo non sono tuttavia sufficienti se non accompagnate da una distribuzione più equa delle risorse, una politica commerciale più coerente, il sostegno ai processi di democratizzazione e protezione dei diritti umani. Per far fronte alle numerose catastrofi naturali legate ai cambiamenti climatici sono altresì importanti le misure concordate a livello internazionale che possano rafforzare la resilienza dei paesi in via di sviluppo e ridurre il rischio di catastrofi.

Il rapporto annuale 2017 dell'organizzazione Oxfam evidenzia anche le drammatiche disuguaglianze sociali a livello mondiale in continua crescita. Secondo le nuove stime, otto persone possiedono la stessa ricchezza, pari a 426 miliardi di dollari, della metà più povera del pianeta, 3,6 miliardi di persone nel mondo. Il rapporto „An Economy for the 99 Percent“ riporta che l'un per cento della popolazione possiede il 50,8 per cento della ricchezza mondiale. Dall'altra parte la popolazione più povera possiede solo lo 0,16 per cento del patrimonio mondiale. Nove multinazionali su dieci sono presenti in almeno un'oasi fiscale. In questo modo i paesi in via di sviluppo perdono ogni anno almeno 100 miliardi di dollari in entrate fiscali. E' compito della politica anteporre gli interessi della maggioranza della popolazione agli interessi dei superricchi e delle multinazionali e fare in modo che le oasi fiscali vengano eliminate. È quindi necessario stabilire un nuovo ordine economico e finanziario da cui tutti possono trarre profitto. Anche la nostra Provincia può dare il suo modesto contributo. Nell'ambito dell'educazione allo sviluppo verranno organizzati tavoli di lavoro per far luce sulle connessioni tra modelli di sviluppo e cambiamento climatico e tra modelli di consumo e sicurezza alimentare.

Con una riforma organica del sistema provinciale della cooperazione allo sviluppo, con il rafforzamento dei partenariati territoriali nell'ottica del co-sviluppo, con l'aiuto delle molte organizzazioni e di tutti gli attori, anche economici altoatesini, la Provincia potrà promuovere maggiormente e con più impatto e efficacia, un percorso in direzione di un'economia eco sociale più sostenibile.

I fondi e le aree di intervento della nostra Cooperazione allo sviluppo

Per l'anno 2017 lo stanziamento delle risorse finanziarie sul bilancio provinciale pluriennale ammontano a 3.825.000,00 €, quasi quanto previsto per l'anno 2016. Considerata l'armonizzazione dei bilanci, le disposizioni contabili in vigore dal 2016 e il fatto che i progetti, per loro natura, non si chiudono entro l'anno di approvazione, una parte delle risorse del bilancio 2017 è già stata impegnata con l'approvazione dei progetti nel 2016. Ciò comporta che la disponibilità per il 2017 ammonta a 2.350.224,00 €.

Budget complessivo 2017	Importo impegnato per progetti delle organizzazioni e diretti approvati nel 2016 con stanziamenti anche sul 2017	Disponibilità per il 2017
3.825.000,00 €	1.474.776,00 €	2.350.224,00 €

	Finanziamenti/Spese approvati/e nel 2017	di cui sul bilancio 2017	di cui sul bilancio 2018
BANDO ANNUALE PER ORGANIZZAZIONI NEL SETTORE DELLA COOPERAZIONE ALLO SVILUPPO E TUTELA DELLE MINORANZE	1.983.022,00 €	1.300.000,00 €	683.022,00 €
PARTENARIATI TERRITORIALI DELLA PROVINCIA NEL SETTORE DELLA COOPERAZIONE ALLO SVILUPPO E TUTELA MINORANZE	597.282,00 €	509.167,00 €	88.115,00 €
BANDO PER ORGANIZZAZIONI NEL SETTORE DELL'EDUCAZIONE ALLO SVILUPPO E ALLA MONDIALITÀ	441.057,00 €	441.057,00 €	
INIZIATIVE DIRETTE DELLA PROVINCIA NEL SETTORE DELL'EDUCAZIONE ALLO SVILUPPO E ALLA MONDIALITÀ	111.180,00 €	100.000,00 €	11.180,00 €
TOTALE	3.132.541,00 €	2.350.224,00 €	782.317,00 €

La suddetta programmazione finanziaria può subire oscillazioni.

Per il 2017 le risorse saranno destinate, come negli anni passati, al sostegno di tutte le diverse tipologie di attività della Cooperazione allo sviluppo della Provincia. Da un lato per il sostegno dei progetti di cooperazione delle Organizzazioni nei paesi partner prioritari in particolare in Africa e Medio Oriente nonché in Asia,

America latina ed Europa dell'Est e per progetti di educazione allo sviluppo e alla mondialità sul territorio provinciale. Dall'altro lato per il sostegno dei programmi di partenariato territoriale della Provincia nei paesi partner e per programmi e progetti nell'ambito di collaborazioni con l'Euregio, con l'Unione Europea o dell'Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo. La Provincia inoltre si attiverà come sempre, in occasione di catastrofi o conflitti stanziando fondi per interventi di emergenza.

Nel 2017 è prevista inoltre la realizzazione e conclusione degli interventi approvati nella seconda metà del 2016 nell'ambito del bando straordinario per progetti umanitari in Medio Oriente e Africa sub sahariana e gli interventi nei grandi campi profughi in Libano e Giordania sorti in seguito alla grave crisi conseguente ai conflitti in Siria e Iraq.

Gli obiettivi della Cooperazione allo sviluppo della Provincia per i prossimi anni faranno riferimento all'Agenda 2030 e ai 17 Obiettivi di Sviluppo Sostenibile approvati dalle Nazioni Unite a New York nel settembre 2015 in sostituzione degli Obiettivi di Sviluppo del Millennio. I nuovi Obiettivi vedono coinvolti, contrariamente al passato, tutti i Paesi del Nord e del Sud del mondo, nella promozione della sostenibilità economica, sociale e ambientale, nello sradicamento della povertà, nella riduzione delle disuguaglianze, affermazione dei diritti umani, prevenzione dei conflitti e sostegno ai processi di pacificazione.

Cooperazione allo sviluppo

Sostegno ai progetti delle Organizzazioni

Le domande di finanziamento e le proposte di progetto sono state presentate nell'ambito del bando annuale da parte di organizzazioni ed enti no profit attivi nel settore della cooperazione allo sviluppo con sede sul territorio provinciale. Per la valutazione delle iniziative sono applicati i criteri rielaborati e approvati con delibera della Giunta provinciale n. 1275 del 10.11.2015. Nel 2016 sono state pubblicate le nuove linee guida per la relazione finale e rendicontazione distinte per progetti di educazione allo sviluppo e per progetti di cooperazione e nel corso dell'anno corrente sarà inviata alle organizzazioni una circolare esplicativa.

Per l'anno di riferimento, per il sostegno dei progetti di cooperazione delle Organizzazioni, si ritiene di poter mettere a disposizione un importo complessivo pari a ca. 1.983.022,00 € di cui 1.300.000,00 da impegnare sul bilancio 2017 e il restante sul 2018. Infatti, il quadro finanziario previsto in base alla programmazione dell'ufficio competente per il sostegno di questi progetti ammonta a circa il 60% delle risorse a disposizione sul bilancio provinciale.

Entro gennaio 2017 sono stati presentati 64 progetti (nel 2016: 77) da parte di 44 organizzazioni senza scopo di lucro con sede legale o operativa in Provincia di Bolzano.

In sostanza si tratta di iniziative che hanno come obiettivo prioritario la riduzione della povertà attraverso la promozione dell'educazione e della formazione, il

sostegno di attività generatrici di reddito e il soddisfacimento dei bisogni primari nei territori partner e nelle aree di crisi.

Le iniziative sono state proposte a favore di popolazioni e territori svantaggiati nei seguenti **paesi** in Africa, America Latina, Asia ed Europa orientale:

- **Africa:** Benin, Burkina Faso, Camerun, Etiopia, Kenya, Mozambico, Tanzania, Togo, Uganda
- **America Centrale:** Nicaragua
- **Sud America:** Bolivia, Brasile, Cile, Ecuador, Mexico, Perù
- **Asia:** India, Indonesia, Myanmar, Nepal, Tailandia
- **Mediterraneo e Medio Oriente:** Israele, Libano, Marocco, Tunisia
- **Europa dell'Est:** Bosnia Erzegovina, Moldavia.

La valutazione delle proposte di progetto è demandata all'Ufficio Affari di gabinetto della Presidenza e Relazioni estere, competente per la cooperazione allo sviluppo. Si prevede di concludere il procedimento istruttorio e approvare il finanziamento per i progetti di sviluppo delle organizzazioni in oggetto per il mese di maggio dell'anno di riferimento. In seguito all'approvazione delle domande di finanziamento saranno stipulate le convenzioni con le organizzazioni e gli enti proponenti.

Strategie e partenariati pubblico-privati per una crescita economica locale inclusiva e sostenibile

In Africa l'80% della popolazione vive di agricoltura e di un'economia di sussistenza che non riesce a soddisfare i bisogni di una popolazione in continua crescita, a conservare il surplus delle produzioni, a trasformarlo ed a commercializzarlo. Investimenti e partenariati internazionali facilitati dalla Provincia e dai suoi partner istituzionali e non nel Sud del mondo, possono contribuire ad uno sviluppo attento alla sostenibilità ambientale e sociale in grado di contribuire alla lotta alla povertà e malnutrizione, alla sicurezza alimentare, all'aumento dell'occupazione e alla riduzione dell'esodo rurale e quindi delle migrazioni.

Per l'anno in corso l'Ufficio Affari di gabinetto intende quindi promuovere un'alleanza strategica tra la cooperazione allo sviluppo e il settore privato altoatesino per una crescita economica sostenibile e inclusiva di un'area svantaggiata in uno o più dei paesi partner prioritari per la Provincia in Africa (come per es. in Uganda, Etiopia, Tanzania o Burkina Faso).

In particolare si prevede per l'anno in corso la pubblicazione di un bando in collaborazione con l'IDM Südtirol Alto Adige per la compartecipazione di imprese private del nostro territorio in interventi volti ad integrare le attività di promozione economica dell'Alto Adige con le iniziative di cooperazione allo sviluppo della Provincia di Bolzano ampliando le collaborazioni tra territori con una collaborazione di attori dell'economia e della cooperazione allo sviluppo per un maggior impatto locale sostenibile, anche ai sensi della nuova legge nazionale sulla cooperazione n. 124/2015. Si punta a una collaborazione soprattutto nei settori dell'agricoltura e delle tecnologie alimentari nonché della filiera

agroalimentare o settori collegati (tecnologie per l'agricoltura e biodiversità, per la sicurezza alimentare, innovazione della filiera agroalimentare, commercializzazione, settore idrico, energie rinnovabili).

I dettagli del bando saranno resi noti nel corso dell'anno e per il 2017 sarà finanziabile un progetto pilota.

Progetti umanitari orientati allo sviluppo in Medio Oriente e Africa

In seguito ai drammatici sviluppi in Medio Oriente e alle crisi alimentari nei paesi a sud del Sahara e, considerato l'incremento dei fondi per l'anno 2016, la Provincia ha previsto per la seconda metà dello scorso anno un ulteriore termine di scadenza per la presentazione di progetti da parte delle organizzazioni.

Con delibere della Giunta provinciale n. 741 del 05.07.2016 e n. 1100 del 18.10.2016 sono stati approvati il bando straordinario e i relativi criteri per il finanziamento di progetti a sostegno delle popolazioni in aree di crisi nei Paesi del Sud del mondo con uno stanziamento di 1.600.000,00 € sul 2016 e 2017.

Entro la scadenza del 1. settembre sono pervenuti 24 progetti, di cui 23 valutati positivamente dall'Ufficio Affari di gabinetto e approvati con Decreto del Direttore di Ripartizione n. 19398/2016. Le convenzioni sono state stipulate in data 9.11.2016 e i progetti sono attualmente in fase di realizzazione.

Le iniziative contribuiscono al superamento di situazioni critiche dovute a conflitti, a rendere più sostenibile la vita quotidiana delle persone nei campi profughi, ad offrire ai bambini e giovani possibilità formative e a garantire la sicurezza alimentare e contrastare la denutrizione.

Quattordici progetti sono in fase di realizzazione in Africa, in particolare in Uganda orientale, Sudan, Sud Sudan, Etiopia e Burkina Faso, paesi particolarmente colpiti da siccità straordinarie o da esondazioni. Inoltre, a causa dei conflitti permanenti nel Sud Sudan e nella Repubblica Centrafricana vi sono centinaia di migliaia di persone in fuga che necessitano sostegno e la Provincia insieme alla Caritas locale nel nord dell'Uganda interviene con misure straordinarie e iniziative per risolvere pacificamente i conflitti. Altri interventi sostengono le donne in campo lavorativo, i profughi rimpatriati, il settore agricolo, educativo e medico-sanitario.

Altra area geografica d'intervento è il Medio Oriente e l'area mediterranea (Siria, Iraq, Libano, Tunisia) dove la Provincia sta sostenendo progetti formativi rivolti a profughi e migranti, all'assistenza sanitaria, alla tutela e sostegno delle vittime di violenza, soprattutto donne e bambini e a garanzia del reddito. Un progetto pilota inoltre sostiene il rientro in patria di migranti senegalesi con misure per favorire il loro reinserimento.

Tre progetti sono in corso di realizzazione in Siria: un progetto dell'Associazione Amici dei Bambini Ai.Bi. intende garantire la sicurezza alimentare per le popolazioni sfollate dal nord di Aleppo, circa 1.800 persone, un altro della Caritas della Diocesi Bolzano-Bressanone porta aiuti umanitari a 1.800 famiglie vulnerabili di sfollati siriani nella Regione di Al-Jazeera, mentre il progetto della Onlus GVC

sede di Bolzano sostiene l'accesso scolastico e garantisce la qualità dei servizi educativi per circa 1.900 alunni e studenti vittime della crisi in Siria.

Due progetti inoltre si stanno realizzando in Palestina, uno di CTM Altromercato per i campi profughi di Gerico a sostegno di 88 donne per rafforzare la filiera equa del cous cous, l'altro, dell'associazione Ponti di pace di Egna, che nel governatorato di Hebron sostiene famiglie obbligate ad abbandonare i propri terreni agricoli.

Altri progetti prevedono interventi per la formazione nel Kurdistan iracheno destinati agli sfollati di Erbil e Kirkuk.

Nell'ambito di un partenariato con Kobane, sostenuto anche dal Consiglio provinciale (mozione 663/2016 del 15 settembre 2016) la Provincia ha sostenuto la ricostruzione di una casa delle donne in particolare del primo piano adibito a luogo di incontro e socialità nonché a luogo per svolgere attività artigianali.

Un ulteriore intervento sostenuto dalla Provincia ha permesso nel mese di gennaio del corrente anno la distribuzione in Iraq da parte della organizzazione "Un ponte per..." di aiuti umanitari alle famiglie sfollate che hanno lasciato Mosul dopo l'offensiva lanciata dall'esercito iracheno per liberare la città dall'autoproclamato Stato islamico Daesh. L'intervento rientra nel progetto "Darna" (la nostra casa) che la Ong italiana "Un ponte per..." con sede a Bolzano ha avviato grazie al sostegno finanziario della Provincia di Bolzano e della Chiesa valdese, i primi due enti italiani a sostenere gli arrivi degli aiuti alle porte di Mosul: kit igienico-sanitari, coperte per affrontare l'inverno e cucine da campo. Gli aiuti umanitari sostenuti dalla Provincia per le famiglie di Mosul sono un primo passo per aiutare gli sfollati nel difficile percorso del rientro nelle loro case. Il progetto complessivo ha la durata di un anno e coinvolge potenzialmente 30mila persone ricoverate nei campi profughi della zona. Oltre agli aiuti umanitari, prevede un'unità mobile per organizzare sessioni di visite di screening medico e psicologico e sedute.

Informazioni sui partenariati territoriali della Provincia autonoma di Bolzano

Accanto ai progetti presentati e realizzati dalle Organizzazioni con il sostegno finanziario provinciale, la Provincia autonoma di Bolzano ha diversi partenariati territoriali in più paesi del Sud del mondo. Si tratta di progetti e programmi di cooperazione territoriale indicati e co-finanziati dalle istituzioni pubbliche o private che si occupano di cooperazione e sviluppo (Euregio, Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo, Unione Europea, FAO, Fondazione Cariplo ecc.) o di interventi che rientrano negli obiettivi e competenze prioritarie delle attività di cooperazione allo sviluppo, promozione della cultura di pace e di solidarietà e tutela delle minoranze internazionali della Provincia autonoma di Bolzano.

Circa il 25% dei fondi provinciali a disposizione per la cooperazione verranno utilizzati per i progetti diretti e per i partenariati territoriali. A ciò si possono aggiungere eventuali fondi stanziati da altri enti come l'Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo, la Commissione Europea (EuropeAid) o altre istituzioni. Per il 2017 le risorse indicativamente destinate a questi interventi ammontano a ca. 597.282,00 €, con impegni di spesa nel 2017 e 2018.

Per i progetti diretti della Provincia e cioè affidati ad organizzazioni ed enti verranno applicati invece i criteri approvati con delibera della Giunta provinciale n. 1438 del 26.09.2011.

La Provincia autonoma di Bolzano proseguirà nel prossimo triennio i partenariati territoriali con i propri paesi prioritari partner e cioè l'Uganda, la Tanzania, il Burkina Faso e il Nepal. Altri partenariati territoriali proseguiranno a Capo Verde, in Bosnia Erzegovina, in Ecuador e a favore della minoranza tibetana in India.

Segue una breve descrizione di questi partenariati suddivisi per continenti:

AFRICA

Burkina Faso

Nel mese di aprile 2016 è stata effettuata una missione da parte della coordinatrice del programma triennale Provincia/FAO/Dori co-finanziato dal MAECI tramite la FAO per le procedure di chiusura. Il programma triennale ha risentito della crescente instabilità della regione del Sahel in seguito alla guerra in Mali, alle infiltrazioni terroristiche, ai due colpi di stato avvenuti nel paese nel 2014 e nel 2015 con un peggioramento della situazione della sicurezza nelle aree del progetto. La missione è stata anche occasione per avviare il nuovo progetto biennale nell'ambito dell'iniziativa Fondazioni for Africa Burkina Faso.

In seguito al completamento del suddetto programma triennale di cooperazione decentrata nel Comune di Dori nella Regione Sahel nel nord est del paese è stato elaborato e approvato nel 2016 un ulteriore programma di ampliamento delle infrastrutture di approvvigionamento idrico nella Regione Sahel (Dori) e nella Regione Sud Ovest (Villaggio di Bapla - Nanè) dall'Ufficio Affari di gabinetto della Provincia in collaborazione con i partner locali, la Fondazione Cariplo e approvato da parte dell'Associazione di Fondazioni e di Casse di Risparmio – ACRI. Si prevede la realizzazione e l'ampliamento di sistemi di distribuzione dell'acqua potabile ed irrigua a favore della filiera orticola e la progettazione di alcune unità pilota di microirrigazione oltre che iniziative per promuovere partnership pubblico private. Il progetto biennale è stato approvato con decreto n. 19638/2016 con il quale la Provincia ha accertato le entrate del co-finanziamento ACRI nell'ambito dell'iniziativa Fondazioni for Africa Burkina Faso (FFA-BF) per un importo di 100.000,00 € su due anni e approvato lo stanziamento per gli anni 2017 e 2018 dei propri fondi per un importo complessivo di 160.000,00 € sui bilanci provinciali 2017, 2018 e 2019.

Per la realizzazione del progetto è stata stipulata tra l'Ufficio Affari di gabinetto e l'Associazione Amici del Burkina Faso di Bressanone una convenzione.

Obiettivo del nuovo programma è anche quello di verificare possibilità di sinergie tra la cooperazione allo sviluppo e l'internazionalizzazione del settore privato sudtirolese. Già da circa 15 anni la Provincia collabora con alcune imprese del suo territorio per il raggiungimento dei risultati dei programmi di cooperazione decentrata nel settore idrico e agricolo con adeguati standard qualitativi.

La Provincia in Burkina Faso inoltre proseguirà nella realizzazione del progetto quinquennale che sostiene dal 2014 in collaborazione con l'Union Fraternelle des Croyants e la Diocesi di Koudougou. Il progetto prevede la realizzazione di pozzi e attività di educazione ambientale presso scuole della Regione del Sahel e nella Regione Centro Ovest con uno stanziamento provinciale annuale pari a ca. 31.000,00 € da impegnare sul bilancio provinciale 2017-2018.

Uganda

Partenariato Euregio - Uganda e Tanzania

Sulla base della decisione presa nel 2010 e nel 2014 dai tre membri dell'Euregio Tirolo-Sudtirolo-Trentino viene realizzato da 6 anni un programma di partenariato tra l'Euregio da una parte e i distretti ugandesi di Rakai, Masaka, Kalungu e Bukomansimbi ed il distretto di Missenyi in Tanzania dall'altra. Obiettivo del suddetto programma è la riduzione della povertà in quest'area transfrontaliera attraverso iniziative che promuovono uno sviluppo sociale ed economico sostenibile. In particolare sono sostenuti progetti che contribuiscono alla sicurezza alimentare ed allo sviluppo economico locale oltre ad iniziative per l'approvvigionamento dell'acqua e per la protezione delle foreste. Per quanto riguarda la Provincia di Bolzano, il programma triennale viene realizzato dall'Ufficio Affari di gabinetto in collaborazione con diversi uffici tecnici del distretto di Missenyi e con Kolping Tanzania.

Sulla base della decisione assunta dai tre Presidenti delle tre Province dell'Euregio in una seduta a Bruxelles nel mese di dicembre 2015, il programma continuerà per altri tre anni a partire dal mese di marzo 2017 sotto il nome EEALIP "Euregio East Africa Livelihood Improvement Transborder Programme" con interventi transfrontalieri principalmente nel settore agricolo. La realizzazione del programma avverrà con i partner in loco, l'organizzazione MADDO (Masaka Diocesan Development Organisation), il Kolping Tanzania, l'amministrazione del distretto Missenyi e KADDRO (Kayunga Diocesan Development and Relief Organization) in collaborazione con l'Euregio.

L'obiettivo del programma di sviluppo rurale continua ad essere il miglioramento sostenibile delle condizioni di vita delle persone e la promozione dello sviluppo sostenibile, in particolare attraverso la tutela delle risorse naturali della regione, in linea con gli obiettivi dell'Agenda di sviluppo post-2015, in particolare con l'obiettivo 1 (eliminazione della povertà), con l'obiettivo 2 (promuovere la sicurezza alimentare e l'agricoltura sostenibile) e con l'obiettivo 15 (protezione / ripristino di ecosistemi terrestri e promozione del loro uso sostenibile, la gestione sostenibile delle foreste, lotta contro la desertificazione e al degrado del suolo e la perdita di biodiversità).

Le iniziative di cooperazione transfrontaliera in ambito agricolo saranno al centro dell'attenzione nella nuova fase del programma. Già nel 2016 sono state avviate iniziative che promuovono la cooperazione transfrontaliera. Le misure già avviate a sostegno delle capacità di adattamento ai cambiamenti climatici delle comunità locali continueranno ad essere sostenute. In particolare si tratta dell'iniziativa di protezione delle foreste Munene e Ninziro (riforestazione, vivai, monitoraggio del

territorio) e iniziative generatrici di reddito (acquisto di animali di piccolo taglio), che per contrastare il fenomeno crescente del disboscamento, creeranno delle alternative alla popolazione locale alla vendita della legna.

Un ulteriore settore della cooperazione transfrontaliera è rappresentato dal controllo veterinario di bovini e animali di piccola taglia così come la realizzazione di campagne di vaccinazione per evitare malattie tra animali come per es. la febbre suina. A sostegno del controllo veterinario ma anche per sostenere gli agricoltori con conoscenze e soluzioni concrete ai continui problemi del settore, verranno ristrutturati i cosiddetti Centri di Consulenza Agricoli nelle aree rurali e verranno fornite le attrezzature (come per es. laboratori). I Centri hanno un ruolo chiave nella consulenza tecnica e nella formazione degli agricoltori e con l'aiuto delle cosiddette aziende modello verranno trasmesse conoscenze nei settori della coltivazione dei campi, tutela dei boschi, mantenimento degli animali, utilizzo sostenibile della agrobiodiversità e miglioramento del terreno. Una particolare attenzione verrà dedicata alla formazione tecnica dei giovani agricoltori ed al loro accesso a sementi migliorati nonché animali di piccola taglia come capitale di partenza per le loro imprese agricole.

Un ulteriore progetto pilota nella cooperazione transfrontaliera è la realizzazione di un centro comunitario nella città di confine Mutukula che verrà utilizzato sia dalla popolazione ugandese che da quella tanzana.

Il piano regolatore per la città di Mutukula, che è attualmente in fase di elaborazione, verrà completato e eventuali misure ancora da elaborare verranno definite insieme ai tecnici locali. Inoltre verranno portate avanti le iniziative nel settore della gestione dei rifiuti e decisi ulteriori passi nel settore.

Infine verrà avviata una stretta collaborazione con le scuole agricole e centri di ricerca Laimburg, San Michele e Rotholz che elaboreranno specifici programmi di formazione per i collaboratori tecnici locali del programma. Nel 2017 si prevede infatti una visita di scambio (una delegazione composta da 12 membri) nel territorio dell'Euregio.

Allo stesso tempo sarà rafforzata la cooperazione transfrontaliera tra i distretti partecipanti e quindi tra i due paesi confinanti Uganda e Tanzania. Questa sarà resa più facile grazie all'elaborazione di un programma unificato e congiunto.

Sono previste inoltre una serie di iniziative di informazione e sensibilizzazione sul territorio dell'Euregio come ad es. visite da parte di esperti e politici, presentazioni, film, una mostra interattiva nonché conferenze su temi specifici. Nel giugno 2017 è programmato un world café sul tema del cambiamento climatico e sulle strategie di adattamento ed esso al quale parteciperanno anche membri della delegazione ugandese/tanzana.

Per il programma è previsto un contributo totale di 301.948,00 €: un contributo di 99.489,00 € per l'anno 2017, un contributo pari a 91.109,00 € per l'anno 2018 ed un contributo pari a 111.350,00 € per l'anno 2019.

Programma di partenariato tra il Distretto di Gulu e la Provincia autonoma di Bolzano

Dal novembre 2008 è in corso un programma con il Distretto di Gulu nel nord dell'Uganda che include interventi nel settore dell'educazione/formazione e dell'agricoltura. Tra questi vi sono il sostegno alle infrastrutture scolastiche ed ai programmi formativi, l'attività di informazione sull'importanza dell'educazione, l'invio di attrezzature per la scuola di formazione professionale a Lalogi così come interventi a favore dei piccoli contadini tramite la messa a disposizione di mezzi produttivi e di consulenti agronomi e formazione su metodi innovativi di produzione.

Anche nel 2017 proseguirà la collaborazione con la Caritas Gulu e l'Università di Gulu e verranno sostenute una serie di iniziative per migliorare la diversificazione della produzione e promuovere l'accesso a nuovi mercati. Un altro obiettivo è l'innalzamento della produzione di pollame e di miele. Con una serie di attività di formazione su metodi di produzione innovativi, l'acquisto di attrezzature e/o materie prime (ad es. mulini e macchine per l'imballaggio, attrezzature per la produzione di burro di carité o lavorazione del riso), la creazione di gruppi di produttori e di venditori per almeno tre tipi di produzioni e la messa in atto di strategie di marketing si vuole aumentare i redditi dei piccoli contadini. In seguito ai gravi effetti dell'instabilità climatica sull'agricoltura si continuano a sostenere misure di riforestazione, creazione di vivai con almeno 20.000 piantine e formazioni sulla protezione del suolo e delle risorse ittiche per il rafforzamento della resilienza dei piccoli produttori. Inoltre verranno sostenuti con iniziative di formazione dei gruppi di risparmio e di credito e create almeno tre cooperative. Il raggio di azione è stato esteso ad altri due distretti confinanti al distretto di Gulu, cioè i distretti di Amuru und Nwoya. La spesa complessiva per il progetto ammonta a 99.989,00 € con un impegno sul bilancio provinciale 2016/2017.

Alcune iniziative sotto la direzione dell'Università di Gulu come ad esempio l'acquisto di attrezzature per la produzione di miele e di pollame verranno completate nell'anno di riferimento.

Accordo di gemellaggio tra il St. Mary's Hospital Lacor di Gulu (Uganda), l'Azienda sanitaria di Bolzano e la Provincia autonoma di Bolzano

Dal 2005 è in vigore l'Accordo di gemellaggio tra la Provincia autonoma di Bolzano, l'Azienda sanitaria di Bolzano e il St. Mary's Hospital Lacor di Gulu – Uganda, una struttura che svolge un importante ruolo di riferimento clinico per tutta l'area del nord Uganda e anche oltreconfine. L'accordo prevede il sostegno da parte della Provincia autonoma di Bolzano di progetti di potenziamento dei reparti dell'Ospedale e il finanziamento di un programma di scambio del personale medico tra i due ospedali. Nel 2010 l'Accordo di gemellaggio è stato rinnovato per ulteriori cinque anni, sino al 2015, e nominato il nuovo coordinatore per l'Ospedale di Bolzano, nella figura del Primario Prof. Armin Pycha. Nel 2016 è stato richiesto il rinnovo per altri cinque anni.

Per quanto riguarda il sostegno dei progetti a favore del Lacor Hospital, la Provincia ha sostenuto annualmente progetti a partire dall'anno 2006 per il potenziamento del reparto di urologia, del servizio istologico e citologico, nonché per il miglioramento del reparto di chirurgia, del servizio diagnostico e del reparto di ortopedia. Dal 2011 è stato sostenuto dalla Provincia un progetto relativo all'alimentazione fotovoltaica per il condizionamento delle sale operatorie del Lacor Hospital e per rendere autonomo dal punto di vista energetico l'area dell'emergenza dell'ospedale. Negli anni 2013-2015 la Provincia ha sostenuto tre progetti per l'acquisto e l'installazione di moduli solari per garantire la fornitura di energia elettrica in particolare ai servizi vitali e di emergenza dell'ospedale durante eventuali interruzioni dalla rete elettrica nazionale e per ridurre i costi di gestione correnti dell'Ospedale grazie all'utilizzo di fonti di energia rinnovabili anche in un'ottica di tutela dell'ambiente. Per gli anni 2016-2018 la Provincia intende continuare il sostegno a questo importante progetto che intende garantire un'autonomia dell'Ospedale al 50%, riducendo l'impronta ecologica di uno dei più grandi ospedali del Paese (484 letti). La fornitura di un sistema di approvvigionamento elettrico affidabile e conveniente rientra tra l'altro nel piano strategico quinquennale 2012-2017 del St. Mary's Hospital Lacor. Lo stanziamento provinciale per gli anni 2016-2018 ammonta complessivamente a 193.500,00 €. La prima annualità è stata approvata alla fine del 2016 con un importo di 74.500,00 € nel 2017 e 2018 sono previste la seconda e terza fase per un ammontare annuo di ca. 59.500,00 €.

Nella seconda metà del 2014 durante una missione di monitoraggio del Primario di Urologia, Prof. Pycha era stato confermato il successo dei progetti sostenuti dalla Provincia nel settore delle energie rinnovabili. Per quanto riguarda lo scambio di personale tra i due Ospedali, prosegue lo scambio dal 2016 di personale medico e tecnico. Nel 2016 hanno frequentato con profitto uno stage presso l'Ospedale di Bolzano un'infermiera e un elettricista per rafforzare le proprie competenze, mentre il Prof. Pycha e la Dott.ssa Mian hanno effettuato una missione alla fine dello scorso anno per uno scambio di know how nel settore dell'urologia e servizio diagnostico.

Per il 2017 è prevista la continuazione degli scambi nell'ambito del partenariato con il Lacor Hospital. I costi sono a carico della Provincia e sono inclusi nel sopraccitato stanziamento per il progetto di partenariato con il Lacor Hospital.

Capo Verde

Nel 2016 gli alunni della scuola tecnica agricola di Ora hanno concluso con successo il loro tirocinio che si è svolto presso una scuola per la trasformazione dei prodotti agricoli, in un istituto di ricerca agricola e presso altre imprese di Capo Verde. Inoltre uno studente della Facoltà di scienza agraria dell'Università di Bolzano ha elaborato, durante il suo soggiorno di tre mesi sull'isola di Santiago, strategie per l'utilizzo ottimale dell'acqua d'irrigazione per la coltivazione delle banane. Un altro scambio di studenti si è svolto nel semestre autunnale 2016/2017 presso l'Università di Bolzano: uno studente capoverdiano ha elaborato la sua tesi sulla coltivazione delle fragole ed ha dimostrato interesse a frequentare il master "Horticultural Science" che viene organizzato dall'Università di Bologna in collaborazione con l'Università di Bolzano.

L'Ufficio Affari di gabinetto sta verificando l'opportunità di rinnovare un accordo con l'Università di Bolzano per facilitare l'assegnazione di borse di studio per studenti stranieri o con background migratorio residenti in Provincia interessati a proseguire gli studi.

Nell'autunno del corrente anno verranno selezionati studenti della quarta classe della Scuola di Ora per svolgere il tirocinio a Capo Verde. Si prevede una stretta collaborazione con la Scuola per la trasformazione agricola a Sao Jorge ed è previsto un tirocinio di studenti capoverdiani anche in Alto Adige.

L'Associazione studentesca Operation Daywork ha selezionato per l'anno 2016/2017 per il proprio lavoro di informazione e sensibilizzazione in Alto Adige un progetto a Capo Verde. Gli studenti della scuola di Ora hanno quindi deciso di accompagnare questa iniziativa.

Tanzania

A Zanzibar l'Ufficio affari di gabinetto sosterrà un progetto del Ministero della Salute con l'obiettivo di migliorare la collaborazione con i guaritori tradizionali in casi di diabete e ipertensione. I guaritori riceveranno una formazione per poter contribuire alla prevenzione e alla diagnosi precoce di queste malattie. Si tratta di un progetto pilota che potrà essere replicato in altre regioni africane.

MEDIO ORIENTE

Afghanistan

L'Afghanistan è un paese prioritario per gli alti indici di povertà e il contesto di instabilità. Dal 2001 la Provincia ha sostenuto diversi interventi a favore della popolazione afgana colpita dagli eventi bellici, sostenendo progetti nel settore sanitario e soprattutto nel settore dell'educazione e formazione professionale in collaborazione con le organizzazioni sudtirolesi e con partner attivi nel paese. In tale contesto la Provincia autonoma di Bolzano ha riavviato nel 2016 la collaborazione con uno dei propri partner, l'Organizzazione afgana Shuhada, con la quale nel 2003 era stato realizzato un orfanotrofio a Jaghori nella Provincia di Ghazni. La Provincia ha sostenuto nel corso dello scorso anno un progetto per la costruzione di una delle più vecchie scuole della Provincia di Daikundi nel Centro dell'Afghanistan. Il progetto della scuola superiore "Sang-e-mom" prevede 20 aule con classi dal 1° al 12° grado per ca. 1700 ragazzi nella capitale Nili della Provincia. La ricostruzione della scuola è stata considerata prioritaria in quanto non esisteva un edificio frequentabile dai ragazzi, che erano costretti a studiare all'aperto sotto gli alberi o sotto le tende. Nel 2016 sono stati realizzati i principali lavori di costruzione e dopo un'interruzione per il periodo invernale, si concluderanno i lavori nei primi mesi del 2017.

Palestina

Il progetto triennale dell'associazione GVC „T.U.R.B.O. – Tubas Rural Business Opportunities and social innovation“ al quale l'Ufficio Affari di gabinetto partecipa in veste di partner è stato approvato dall'Agenzia Italiana per la cooperazione allo sviluppo. Il progetto vuole contribuire a creare opportunità per il futuro per la popolazione del distretto di Tubas (Cisgiordania). L'obiettivo è quello di formare gli amministratori degli enti pubblici sui temi delle violazioni di diritti umani, diritti delle donne e il principio del buon governo. Inoltre saranno costruite strade e cisterne d'acqua e rafforzate le imprese private. Il ruolo dell'amministrazione provinciale è quello di supportare il Governatorato al fine di migliorare la capacità di includere i bisogni delle donne, ragazze e bambine in un bilancio di genere delle politiche pubbliche nonché di migliorare la partecipazione della popolazione. Nei primi mesi dell'anno 2017 saranno definiti i compiti e le risorse dei partner. La Provincia di Bolzano avrà a disposizione un budget di ca. 34.800,00 €, finanziato dall'AICS, mentre valorizzerà il lavoro svolto dalle collaboratrici dell'Ufficio Affari di gabinetto con un importo stimato in 3.150,00 €.

Libano e Giordania

Il progetto „Sostegno ai rifugiati siriani in Giordania durante l'inverno“ di UNHCR in Giordania nonché il progetto “Supporto alle Municipalità colpite dalla crisi siriana attraverso il rafforzamento della stabilità sociale e la creazione di percorsi di formazione e dialogo tra i giovani” nella Valle della Bekaa in Libano dell'organizzazione non governativa GVC, entrambi sostenuti dalla Provincia nella seconda metà del 2016, saranno conclusi a inizio 2017. Obiettivi dei progetti è quello di migliorare le condizioni di vita nei campi profughi in Giordania nonché di migliorare la formazione professionale di rifugiati siriani. Il progetto di UNHCR è stato sostenuto con 140.000,00 €, per interventi a favore di famiglie vulnerabili che vivono nel campo profughi di Azraq e in aree urbane, in particolare per la distribuzione a 1.000 famiglie di stufe per il riscaldamento e *winteritation cash assistance* per 769 famiglie; quello del GVC con 150.000,00 € a favore di rifugiati/e siriani/e e di giovani libanesi nella Valle della Bekaa.

ASIA

Nepal

Nell'ambito del partenariato tra la Provincia autonoma di Bolzano e la Città di Kathmandu è stato concordato il rafforzamento del corpo dei vigili del fuoco e della protezione civile.

La collaborazione tra i due enti prevede la costruzione di quattro caserme ognuna dotata di 16 vigili del fuoco da collocare in quattro diversi punti nella città. Nel centro di Kathmandu è prevista la costruzione della nuova caserma principale. Il

Sindaco di Kathmandu ha richiesto alla Provincia di Bolzano sostegno nell'attività di progettazione e costruzione della prima caserma come progetto pilota.

Un'ulteriore iniziativa avviata in Nepal dalla Provincia autonoma di Bolzano riguarda il soccorso alpino. Già dal 2012 gli esperti altoatesini hanno istruito medici e sherpa nepalesi sulle principali tecniche di soccorso alpino e di medicina d'emergenza.

In seguito a queste esperienze di cooperazione è stata decisa la costruzione, nella capitale nepalese di Kathmandu, di un Centro per la protezione civile che funga anche da Centro di formazione per i soccorritori alpini e per medici dell'emergenza. A lungo termine, il progetto vuole costruire un efficiente sistema di soccorso in Nepal, coordinando maggiormente le numerose organizzazioni di soccorso presenti attualmente in loco e aumentando così la sicurezza nei territori dell'Himalaya.

Nel corso del 2016 si sono tenuti degli incontri al fine di verificare la fattibilità di costruzione di un Centro che potrebbe essere utilizzato come Centro formativo dal soccorso alpino, ma anche dai vigili del fuoco. Dopo la firma di una dichiarazione di intenti da parte della Municipalità di Kathmandu, della Himalayan Rescue Association (HRA), della Provincia e dell'Accademia Europea di Bolzano è stato avviato il lavoro di progettazione.

Il Soccorso alpino dell'“Alpenverein Südtirol” ha elaborato insieme ai vigili del fuoco di Bolzano ed all'Istituto per la Medicina di Emergenza dell'Accademia Europea di Bolzano, una proposta per il Centro unico che sarà composto da due edifici distinti, al fine di mantenere separate le attività del corpo dei vigili di Kathmandu da quelle del Soccorso alpino. Il Centro disporrà di uno spazio comune per le esercitazioni e verrà realizzato in moduli in modo da permettere in futuro un possibile eventuale allargamento. Il Centro sarà gestito dalla Municipalità di Kathmandu e dalla Himalayan Rescue Association. La nuova caserma dei vigili del fuoco fungerà da modello per tutti gli altri centri che saranno realizzati nella Città di Kathmandu.

Nel corso dell'anno di riferimento verranno definiti i dettagli per il finanziamento, la costruzione e la gestione del centro e in occasione della visita del Presidente della Provincia nel mese di marzo del corrente anno è stata siglata una lettera di intenti. Per la realizzazione del Centro si stima una spesa di 500.000 €, mentre il terreno sul quale sorgerà il Centro sarà messo a disposizione dalla Municipalità di Kathmandu che sarà responsabile per le procedure della gara d'appalto e per l'assegnazione dei lavori ad una ditta locale. In occasione della missione di monitoraggio sono inoltre stati specificati i contenuti del piano d'azione.

AMERICA LATINA

Ecuador

Nel 2017 si concluderà il progetto finanziato dalla Commissione europea nel nord dell'Ecuador, il cui obiettivo specifico è stato quello di rafforzare la società civile e la partecipazione politica nonché realizzare azioni di inclusione e pluralismo e la

protezione dei diritti umani. Nell'ambito del suddetto programma la Federazione delle province settentrionali dell'Ecuador, la Mancomunidad del Norte (Province di Esmeraldas, Carchi, Imbabura e Sucumbios) in collaborazione con l'organizzazione non governativa COSPE (Cooperazione per lo Sviluppo dei Paesi Emergenti) e la Provincia autonoma di Bolzano hanno rafforzato le amministrazioni locali attraverso l'implementazione di processi partecipativi e il metodo della gestione per risultati. La Provincia di Bolzano ha partecipato al progetto nel 2014 e 2015 con tre missioni di un esperto in gestione per risultati della Provincia e di un esperto in partecipazione. Nel giugno 2015 si è realizzata con successo la settimana di formazione a Bolzano organizzata dalla Provincia alla quale hanno partecipato diversi funzionari delle quattro Province della "Mancomunidad". Obiettivo della formazione è stato quello di offrire ai partecipanti una panoramica della nostra Amministrazione e in particolare sulla gestione per risultati, sull'utilizzo del GIS mostrando esperienze e best practice del settore della partecipazione. Nel 2015 si era avviata la collaborazione al progetto di un esperto della Provincia della Ripartizione Informatica in sistemi informativi geografici (GIS – sistema informativo geografico) che è stata rafforzata nel corso del 2016 con una missione in Ecuador.

Lo scambio formativo con la Provincia è stato l'asse portante del progetto: gli esperti provinciali sono stati messi temporaneamente a disposizione per spiegare agli amministratori dell'Ecuador i sistemi di raccolta e pubblicazione dei dati, che consentono analisi e pianificazioni efficaci per gli enti pubblici. Oltre al sistema di gestione per risultati e al sistema informativo geografico, è stata presentata anche la piattaforma provinciale OpenData che rende fruibili i dati di un ente a favore di uno sviluppo locale.

EUROPA DELL'EST

Bosnia Erzegovina

Sotto il coordinamento dell'Associazione Beppe e Rossana Mantovan, in collaborazione con il Comune di Srebrenica e con il sostegno della Provincia sta per essere completato il progetto di realizzazione della rete idrica per la popolazione del paese di Osmače.

Nell'ambito di un sopralluogo effettuato a Srebrenica nel mese di novembre 2015, rappresentanti delle organizzazioni sudtirolesi, del competente ufficio provinciale della Provincia e il Sindaco di Srebrenica hanno discusso delle varie possibilità di cooperazione diretta tra la Provincia e il territorio di Srebrenica. Il Sindaco nel 2016 ha ribadito con una lettera indirizzata al Presidente della Provincia la volontà di avviare un partenariato nel settore dello sviluppo economico e del settore agricolo. Secondo quanto indicato nella lettera sulla possibile collaborazione nel settore dello sviluppo economico, il Comune di Srebrenica avrebbe le condizioni ambientali/naturali ottimali per lo sviluppo delle attività agricole, dell'allevamento, della coltivazione dei frutteti e dell'apicoltura. Per cogliere in pieno le potenzialità offerte dal territorio e realizzare dei programmi di sviluppo che garantiscano una sostenibilità economica per i profughi/agricoltori rientrati dopo la guerra, il Sindaco ritiene fondamentale un sostegno per quanto riguarda la formazione tecnica per l'agricoltura, l'allevamento e l'apicoltura, come altrettanto importante è

l'implementazione delle attrezzature agricole necessarie, come per esempio i trattori adatti al tipo di terreno del territorio di Srebrenica, oppure la programmazione di impianti di irrigazione a goccia - o altro sistema sostenibile - oppure ancora l'implementazione di infrastrutture per la conservazione dei prodotti agricoli o la consulenza e il sostegno nella impiantistica agricola di prodotti ad alta qualità/competenza come le mele, le prugne, le pere, le noci, i lamponi - per cui esistono le condizioni ottimali per la coltivazione.

La Provincia intende avviare sulla base di questa richiesta una collaborazione con gli Agronomi e Forestali Senza Frontiere (ASF) ONLUS di Padova che dal 2013 sta realizzando un progetto per la coltivazione di grano saraceno. Il progetto era nato dalla richiesta delle giovani famiglie di rientranti della frazione di Osmače, un villaggio musulmano situato nelle montagne intorno a Srebrenica (Bosnia Erzegovina), a circa 970 m s.l.m.. Con l'obiettivo di trovare nell'attività agricola la fonte di sostentamento del reddito familiare, i giovani rientrati hanno ripreso la coltivazione dei terreni mettendo a coltura, negli ultimi due anni, circa 13 ha di terreno a grano saraceno.

Sulla base di un'analisi dei bisogni rilevati nel corso del 2016 dall'Associazione di Padova, la Provincia intende concentrare il proprio intervento su due direzioni: a) sostegno alle produzioni mediante formazione degli agricoltori, fornitura di risorse materiali (sementi, attrezzature); b) sviluppo delle attività di trasformazione e confezionamento dei prodotti tramite la riattivazione di un vecchio mulino. Tali interventi, pur mantenendo le caratteristiche di tipicità dell'agricoltura di Osmače, potranno permettere ai giovani produttori locali di valorizzare al meglio il proprio territorio, creando opportunità concrete di sviluppo economico.

Albania

Nel 2016 l'Agenzia Italiana per la Cooperazione allo sviluppo ha approvato un programma triennale nella pianura di Zadrima che punta all'incremento soprattutto qualitativo e anche quantitativo della produzione delle piccole aziende dell'area rurale dell'Albania settentrionale per combattere la fuga dei giovani dalle zone rurali. Gli investimenti complessivi ammontano a 1,67 milioni di Euro.

La Provincia di Bolzano vi partecipa con un investimento di 100.000,00 €, destinati a piccoli investimenti nei masi dei contadini che coltivano soprattutto frutta e verdura e hanno degli allevamenti di pecore e capre. Inoltre verranno sostenuti dei percorsi formativi per giovani agricoltori albanesi in Alto Adige al fine di trasmettere loro le esperienze maturate nel turismo rurale con il progetto "Urlaub auf dem Bauernhof - Vacanze al maso". La combinazione di attività produttive e la messa a disposizione di semplici alloggi a scopi turistici aiuterà le nuove generazioni ad avere un reddito sufficiente da poter vivere delle loro aziende agricole. Un ruolo particolare assumono l'Organizzazione delle donne contadine altoatesine e le Scuole di economia domestica e alimentazione della Provincia per l'organizzazione di un corso dedicato alle contadine della zona, al fine di sfruttare il potenziale femminile. Il Centro per le donne a Scutari nel Nord dell'Albania svolgerà uno studio sul ruolo delle donne nella società albanese con il fine di rafforzare la loro

posizione nell'opinione pubblica. Sarà, invece l'associazione degli agricoltori bio del Veneto a fornire il necessario know-how per le coltivazioni biologiche.

Iraq

Dal 2015 la Provincia di Bolzano finanzia un progetto della „Jiyan Foundation for Human Rights“ con sede a Erbil per formare terapeuti post-trauma nella regione del Kurdistan in Irak. Nella regione vivono centinaia di migliaia di sfollati interni nonché rifugiati siriani fuggiti dalle aree di guerra. Molti sono vittime di violenza religiosa, di genocidio nonché tratta di schiavi. Particolarmente grave è la situazione degli yezidi e dei cristiani che da anni sono perseguitati. L'obiettivo del progetto è quello di offrire una terapia adeguata alle vittime di violenza per ristabilire l'equilibrio emozionale delle vittime, soprattutto di donne e bambini.

Il progetto si è concluso nel 2016 e sono stati formati in terapia dell'arte 20 collaboratori della Jiyan Foundation che lavorano nei centri della fondazione a Erbil, Sulaymaniyah, Chamchamal, Duhok, Halabja e Kirkuk. Le autorità locali curde sono favorevoli al progetto in quanto riconoscono la necessità di disporre di terapeuti altamente qualificati. Ritengono particolarmente positivo la formazione di personale locale, fatto che garantisce meglio la sostenibilità. Organizzazioni internazionali di solito inviano esperti per brevi periodi, rendendo quasi impossibile il lavoro con persone traumatizzate.

La Jiyan Foundation vorrebbe formare altri 20 terapeuti in terapia dell'arte in 2017. L'Ufficio Affari di gabinetto verificherà la possibilità di continuare a sostenere il progetto.

Tutela delle minoranze

Iniziative a favore della popolazione tibetana in esilio

Ai fini di migliorare la situazione economica, sociale e politica della minoranza tibetana oppressa nella propria patria, la Provincia continuerà nel corso del corrente anno a sostenere le popolazioni che vivono negli insediamenti tibetani in India.

La Provincia ha recentemente sostenuto con un contributo totale di 44.000,00 € (prima tranche 12.000,00 €, seconda tranche 32.000,00 €) un progetto pilota agricolo biennale in uno dei 39 insediamenti tibetani, Bylakuppe nell'India del Sud, che prevedeva iniziative volte a favorire un sistema di irrigazione a goccia, iniziative di formazione, produzione di sementi migliorate nonché la realizzazione di orti modello con l'obiettivo di creare un'agricoltura moderna.

Dal 17 al 28 maggio 2016, su invito dell'Ufficio Affari del gabinetto e del Centro di Sperimentazione agrario Laimburg, hanno compiuto un viaggio studio in Alto Adige due tecnici agrari del Ministero degli Interni del Governo tibetano in esilio in India, Dhondup Tsering e Tenzin Losel. Durante il soggiorno altoatesino hanno avuto modo di visitare sei aziende agricole modello dove hanno potuto conoscere modalità di lavorazione dei prodotti agricoli e quelle di commercializzazione diretta

dal produttore al consumatore. Presso il Centro di Sperimentazione agraria Laimburg invece, incaricata dell'accompagnamento tecnico del progetto, gli ospiti tibetani sono stati introdotti alle varie tecniche di stoccaggio e ai sistemi di irrigazione.

È stata richiesta alla Provincia la prosecuzione del progetto al fine di replicare in parte le attività realizzate a Bylakuppe in altri due/tre insediamenti dei tibetani in India e dare seguito alle attività già avviate negli ultimi anni nell'insediamento a Bylakuppe. In particolare si richiede di replicare il sistema di irrigazione a goccia in altri insediamenti. Per permettere ai contadini di mettere in pratica ciò che hanno imparato durante la prima fase del programma attraverso le unità dimostrative ed i corsi di formazione si prevede un sistema di microcredito per i contadini per la realizzazione di unità produttive moderne. Inoltre si prevedono iniziative che favoriscono la meccanizzazione dei sistemi produttivi, attività di formazione continua rivolta soprattutto ai giovani agricoltori, sviluppo di strategie di marketing per la vendita dei prodotti nonché l'installazione di piccole unità per la trasformazione dei prodotti coinvolgendo soprattutto dei gruppi di donne di auto aiuto già esistenti.

Durante la missione di monitoraggio da parte di una delegazione sudtirolese del mese di marzo del corrente anno il governo tibetano in esilio ha sottoposto alla Provincia un progetto prioritario che prevede il rafforzamento della comunicazione del governo tibetano attraverso l'ampliamento delle stazioni radio e televisive. Inoltre la Provincia intende programmare in collaborazione con il governo tibetano in esilio una conferenza sul tema delle minoranze e autonomia.

Myanmar

Nell'ambito del bando annuale per le Organizzazioni è stato presentato un progetto che ha come obiettivo la tutela della minoranza Pa-O nell'area a statuto speciale Ho pong vicina alla città di Taunggyi nello Shan State nel Myanmar. Si tratta di una popolazione caratterizzata da una bassa scolarizzazione e da uno scarso accesso delle donne al mondo del lavoro. Tramite attività formative a sostegno di 150 aziende agricole a conduzione familiare si favorirebbero circoli economici alternativi per la coltivazione del papavero nell'area Ho pong. La rappresentante di AVSI Myanmar, durante un soggiorno in Alto Adige, ha esposto le problematiche legate alla protezione dei 55 gruppi etnici in Myanmar e ha condiviso i risultati finora raggiunti in ambito agricolo, tra cui l'avvio di coltivazioni di soia, la creazione di unità dimostrative per scopi formativi e azioni per ridurre il tasso di malnutrizione che si attesta al 38% nel paese. Nel prossimo bando dell'Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo che uscirà nella prima metà dell'anno corrente AVSI presenterà insieme alla Provincia autonoma di Bolzano un programma di sviluppo rurale integrato che continuerà ad avere come obiettivo principale la protezione delle minoranze in Myanmar.

Sostegno al programma televisivo e alla piattaforma Internet „Minet“

La serie televisiva sulle minoranze “Minet – Minderheitenmagazin”, che esiste dal 2004, è un programma televisivo della RAI sede di Bolzano e uno degli strumenti informativi più importanti nel campo della tutela delle minoranze per la popolazione altoatesina. In esso vengono tematizzati svariati aspetti relativi al concetto di minoranza, sempre partendo dalla concreta realtà di minoranze europee o extra europee, nei contesti più diversi. A sostegno della trasmissione è online la piattaforma internet www.minet-tv.com in tre lingue. Nelle varie puntate della trasmissione vengono trattate anche tematiche relative all'attività di educazione e cooperazione allo sviluppo. Anche nel corso dell'anno di riferimento si tratterà il tema della cooperazione internazionale come anche il tema dei diritti umani e della protezione delle minoranze. I punti tematici prioritari per la cooperazione allo sviluppo per l'anno di riferimento sono: gli Obiettivi di sviluppo sostenibili, la crisi in Medio Oriente, le cause della migrazione, il ruolo della cooperazione allo sviluppo nel contesto attuale.

Educazione allo sviluppo e alla mondialità

Sostegno ai progetti delle Organizzazioni

Le Organizzazioni della Provincia sono attori importanti dell'Educazione allo sviluppo e alla mondialità sul territorio provinciale e realizzano una serie di iniziative che si pongono l'obiettivo di informare e sensibilizzare la cittadinanza su tematiche legate allo sviluppo e alla cooperazione internazionale.

Il termine di presentazione da parte delle Organizzazioni delle proposte per le iniziative di educazione allo sviluppo e alla mondialità riferite al 2016 era fissato al 31 ottobre 2016. La valutazione dei progetti si è conclusa nel mese di gennaio mentre la stipula delle convenzioni nel mese di febbraio. Sono stati approvati 19 progetti con un finanziamento complessivo pari a 441.057,00 €.

I progetti delle Organizzazioni affrontano diverse tematiche: il fenomeno migratorio, le crisi e i conflitti umanitari, le forme di finanziamento alternative e sostenibili come il commercio equo e solidale, i partenariati tra Nord e Sud e solidarietà tra popoli e diritti umani.

Molte iniziative si rivolgono ad un pubblico giovane al fine di introdurlo a temi come la cooperazione allo sviluppo, il consumo responsabile e le cause dei flussi migratori. Un'ulteriore priorità è il sostegno ad iniziative per una migliore comprensione delle problematiche delle minoranze etniche in relazione al mantenimento e tutela dei loro diritti.

Nell'anno di riferimento sarà migliorata la collaborazione e la messa in rete tra gli attori della cooperazione internazionale e dell'educazione allo sviluppo. Nel mese di gennaio ha avuto luogo un tavolo di coordinamento per uno scambio di informazioni sulle attività pianificate per il 2017 e per stimolare una collaborazione tra organizzazioni che si occupano degli stessi temi. Le organizzazioni hanno avanzato la proposta all'Ufficio Affari di gabinetto di organizzare più incontri annuali per

rafforzare la collaborazione su specifici temi come per es. le cause delle migrazioni e un sistema economico alternativo.

Progetti e iniziative della Provincia

Nell'ambito dell'educazione allo sviluppo e alla mondialità, accanto ai progetti proposti e realizzati dalle Organizzazioni vengono sostenute anche iniziative coordinate direttamente dalla Provincia autonoma di Bolzano, come per esempio conferenze internazionali specifiche o serate informative su tematiche prioritarie concordate con le organizzazioni. Le tematiche individuate per il 2017 sono: minoranze nelle aree in conflitto e cause delle migrazioni.

Anche per il corrente anno, come nel 2016, si prevede di organizzare le Giornate o la Giornata della cooperazione allo sviluppo e le proposte in merito da parte delle Organizzazioni potevano pervenire all'Ufficio entro la fine di febbraio.

Nel mese di febbraio l'Organizzazione Popoli Minacciati ha organizzato grazie ad una collaborazione con l'Ufficio Affari di gabinetto una serata informativa sulla situazione nel nord Iraq. È intervenuto Salah Ahmad, Presidente e psicoterapeuta della Jiyan Foundation, sostenuta dalla Provincia nell'ambito di un progetto di cooperazione allo sviluppo.

Il 15 settembre 2016 il Consiglio provinciale ha approvato la mozione 663/2016 che invitava la Giunta provinciale a sostenere iniziative nella Rojava per sostenere un'esperienza democratica per una regione autonoma. Nel mese di aprile del corrente anno l'Ufficio Affari di gabinetto organizza in collaborazione con l'Associazione Popoli Minacciati e EURAC un convegno sulle spinte democratiche e autonomiste della Rojava.

L'Ufficio partecipa inoltre ad un progetto "Voci di Confine – la Globalizzazione vista dai confini e dalle periferie" in collaborazione con l'organizzazione Amref Health Africa Onlus. Il progetto della durata di 18 mesi verrà avviato nella prima metà dell'anno corrente con un finanziamento da parte dell'Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo (AICS) di 500.000,00 €. Obiettivo del progetto è la costituzione in Italia di una rete per informare la popolazione e i decisori politici sulle cause del fenomeno migratorio. L'Ufficio Affari di gabinetto è finanziato tramite Amref dall'AICS con un importo di 10.000,00 € mentre contribuisce con proprie risorse per un importo di 2.500,00 €.

L'iniziativa s'integra in un'iniziativa triennale che il Comune di Lampedusa ha presentato all'Unione europea nell'ambito del bando EuropeAid/151103/DH/ACT/Multi-4 "Raising public awareness of development issues and promoting development education in the European Union" e che si intitola "Snapshots from the borders – Small towns facing the global challenges of Agenda 2030". 30 enti e organizzazioni di 14 Paesi europei, tra cui la Provincia autonoma di Bolzano, partecipano al progetto in veste di partner. Il progetto è stato approvato dall'Unione Europea con comunicazione del 6 marzo e al fine dell'avvio deve ora superare la fase di verifica amministrativa di eleggibilità dei partner coinvolti.

Ulteriore priorità della Cooperazione allo sviluppo della Provincia autonoma di Bolzano è quella di sostenere progetti nel settore del commercio equo e solidale e della promozione di capacità imprenditoriali dei partner nei paesi del sud del mondo. Inoltre rientra nei compiti dell'Amministrazione, verificare l'impatto e l'efficienza dei progetti finanziati. Il Politecnico di Milano ha elaborato una metodologia per verificare l'impatto di progetti che hanno come obiettivo quello di favorire l'imprenditorialità in un contesto di sviluppo. L'Ufficio Affari di gabinetto sosterrà il Politecnico nell'applicare questa metodologia in due progetti di CTM Altromercato per verificare se gli obiettivi previsti sono stati raggiunti. Entrambi i progetti sono stati finanziati dall'Ufficio Affari di gabinetto nel 2016. Si tratta dei progetti "Miglioramento capacità e adeguamenti infrastrutturali all'interno del Campo Base dell'organizzazione Meru Herbs, a favore dei piccoli produttori agricoli del distretto di Tharaka, in Kenya" nonché del "Programma di riabilitazione post terremoto Partner Fair Trade" in Nepal. Nel 2017 sarà firmata la convenzione con il Politecnico e saranno avviate le attività previste.

Comunicazione e trasparenza

Informare sulle attività della Cooperazione allo sviluppo è un obiettivo prioritario per dar conto delle attività intraprese e dei risultati conseguiti. Così come è una priorità informare i cittadini e cittadine sul ruolo, sull'importanza e sui benefici della cooperazione allo sviluppo in vari ambiti, tra cui gli interventi di emergenza in situazione di conflitto e di crisi. In particolare è importante comunicare il ruolo che la Cooperazione allo sviluppo apporta nella riduzione della povertà ed ad una crescita sostenibile.

Uno strumento è sicuramente il portale della cooperazione allo sviluppo provinciale che contribuirà anche nei prossimi anni ad incrementare la comunicazione su queste tematiche tra la società civile per raggiungere un pubblico sempre più ampio e variegato cercando di coinvolgere maggiormente i giovani e informando su progetti e programmi dell'Ufficio. Nel 2017 è prevista la messa on line del nuovo portale della cooperazione arricchito anche da interviste e reportage, oltre che da video e foto.

Come ogni anno la banca dati relativa agli oltre ca. 2.000 progetti sostenuti dalla Provincia dal 1991 ad oggi sarà aggiornata e consultabile on line.

I contenuti delle pagine internet provinciali e i progetti realizzati saranno diffusi anche tramite il profilo Facebook "Cooperazione allo sviluppo Alto Adige".

Nel 2017 si rafforzerà anche la comunicazione tramite i video. Inoltre saranno sostenute trasmissioni televisive che si occupano di tematiche legate alla tutela delle minoranze, cooperazione ed educazione allo sviluppo.

Aiuti umanitari e interventi di ricostruzione

La Provincia autonoma di Bolzano, nell'ambito delle proprie possibilità, sostiene aiuti rapidi ed efficaci in occasione di calamità naturali, situazioni di crisi, carestie o in zone d'instabilità successiva a conflitti.

I paesi in cui la Provincia è intervenuta in passato con interventi umanitari sono la Bosnia Erzegovina, il Kosovo, i territori devastati dallo tsunami in Indonesia, India e Sri Lanka, la Palestina, il Corno d'Africa ed altre zone in Africa.

Gli interventi di emergenza umanitaria sono finalizzati all'immediato soccorso e assistenza per ridurre la sofferenza e garantire l'integrità e dignità delle coinvolte popolazioni colpite. Gli interventi possono comprendere la fornitura di tende, coperte o altri generi di prima necessità, quali kit alimentari, medicinali, attrezzature mediche, tende, etc.

Nell'ambito di un bando straordinario per il sostegno di progetti umanitari orientati allo sviluppo sono stati approvati nel 2016 molti progetti in aree di crisi come ad esempio in Iraq, Siria, Libano nel Medio Oriente, nella Repubblica Centrafricana e nel Sud Sudan in Africa.

In seguito al disastroso terremoto del 16 aprile 2016 in Ecuador la Giunta provinciale ha messo a disposizione 60.000,00 € per aiuti umanitari. 40.000,00 € sono stati messi a disposizione dell'Arcidiocesi di Portoviejo che con il contributo ha potuto acquistare generi alimentari e beni necessari; altri 20.000,00 € sono stati messi a disposizione dell'organizzazione non governativa AVSI che ha sostenuto famiglie colpite in modo particolarmente grave dal terremoto che hanno perso la propria abitazione. I due progetti d'emergenza sono stati rendicontati.

Nel giugno 2013 molte aree dell'Europa centrale sono state colpite da maltempo. In alcune regioni della Germania e dell'Austria le infrastrutture sono state danneggiate. Per questo motivo la Giunta provinciale nella seduta del 10.06.2013 ha deciso di concedere un aiuto di emergenza al Tirolo e alla Bavaria.

Su proposta del Ministero bavarese per il Lavoro e il Sociale, Famiglia e Integrazione, il contributo è stato usato per i danni causati dalle inondazioni all'ospedale pediatrico-ortopedico di Aschau. Il progetto è stato realizzato ed è in fase di rendicontazione.

Il governo del Tirolo ha usato i fondi per rimuovere i danni causati dalle inondazioni all'infrastruttura pubblica (deposito di materiali edili, vigili del fuoco, depuratore) dei comuni di Kössen e Waidring. Per il progetto è stata richiesta una proroga fino a giugno 2017.

Negli ultimi anni sono state finanziate molte iniziative di ricostruzione post terremoti. Ad Ocre in Abruzzo è stata finanziata la ricostruzione di un centro culturale, a Finale Emilia in Emilia Romagna la costruzione di una scuola.

Nel 2017 inoltre la Ripartizione Presidenza e relazioni estere seguirà l'iter per il co-finanziamento di un progetto gestito dalla Provincia autonoma di Trento per la realizzazione di studentato per l'Università di Camerino in seguito al grave terremoto che ha colpito il centro Italia nel 2016.

Messa a disposizione di beni mobili dismessi per i progetti di cooperazione allo sviluppo

Nel corso degli ultimi anni è stato registrato un incremento nella dismissione di attrezzature, macchinari e automezzi non più utilizzati in Provincia di Bolzano e ancora in buono stato, a favore dei progetti di cooperazione nei paesi in via di sviluppo. Si tratta in particolare di apparecchiature mediche, mobili e attrezzature informatiche per le quali sussiste da parte delle Organizzazioni e istituzioni nei Paesi partner del Sud del mondo grande interesse. L'intervento dell'Ufficio Affari di gabinetto è previsto per la fase di individuazione e valutazione delle Organizzazioni e dei progetti di cooperazione internazionale a cui destinare i beni dismessi richiesti.

Nel corso del 2017-2019 verranno dismessi sei automezzi dei vigili del fuoco a favore dei vigili del fuoco del Nepal e Moldavia.

Controllo dei progetti

Nel corso del 2017 si rafforzeranno i sistemi di controllo e di valutazione in itinere e/o ex post dei progetti e programmi realizzati ai sensi dei criteri applicativi in vigore della Legge provinciale n. 5/1991, in un'ottica di gestione per risultato che garantisca efficacia, efficienza, rilevanza, sostenibilità e impatto delle iniziative di cooperazione promosse. I controlli a campione si realizzano tramite missioni in loco presso i partner o tramite esame della documentazione del progetto presso i proponenti in Provincia di Bolzano nei settori della cooperazione ed educazione allo sviluppo.

In novembre 2016 è stato effettuato un sopralluogo in Camerun per controllare un progetto dell'associazione Etica Mundi (convenzione n. 45/2014) che era stato estratto per un controllo a campione. Inoltre sono stati controllati altri sette progetti sostenuti negli ultimi cinque anni dalla Provincia.

Nel mese di marzo 2017 il Presidente della Provincia e una delegazione di esperti nel settore della cooperazione allo sviluppo ha effettuato una missione di monitoraggio in Nepal e in India presso il Governo tibetano in esilio e ha visitato alcuni progetti sostenuti dalla cooperazione allo sviluppo della Provincia.

Nuova legge provinciale sulla cooperazione allo sviluppo

Con il 1. gennaio 2016 sono entrate in vigore le disposizioni previste dalla nuova legge nazionale sulla cooperazione allo sviluppo, la legge n. 125 dell'11.08.2014 "Disciplina generale sulla cooperazione internazionale per lo sviluppo" che abroga le disposizioni della vecchia legge n. 49/1987 che avevano regolato il settore per quasi 30 anni.

Con la nuova legge è stato istituito il Consiglio Nazionale per la Cooperazione allo Sviluppo (CNCS), è stata istituita l'Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo (www.agenziacooperazione.gov.it) e individuato il ruolo dei nuovi attori della cooperazione internazionale e delle Regioni e Province autonome. Il Consiglio nazionale per la Cooperazione allo Sviluppo è composto da 48 membri rappresentativi della società civile e enti senza scopo di lucro, imprese cooperative

e sociali, associazioni di immigrati, organizzazioni della finanza etica, organizzazioni sindacali, soggetti con finalità di lucro, Regioni e Province autonome italiane. Nell'ambito del Consiglio nazionale sono stati istituiti quattro gruppi di lavoro tematici: "Seguiti dell'Agenda 2030 per lo Sviluppo sostenibile: coerenza delle politiche, efficacia e valutazione", "Strategie e linee di indirizzo della cooperazione italiana allo sviluppo", "Ruolo del settore privato nella cooperazione allo sviluppo" "Migrazioni e Sviluppo". I gruppi di lavoro hanno il compito di facilitare e istruire i lavori del CNCS. Nel Consiglio Nazionale e nei gruppi di lavoro tematici sono rappresentate anche le Regioni e Province autonome. La Provincia autonoma di Bolzano partecipa al gruppo "Seguiti dell'Agenda 2030 per lo Sviluppo sostenibile: coerenza delle politiche, efficacia e valutazione".

Nel mese di gennaio 2016 sono state diffuse le linee guida per l'accreditamento presso l'Agenzia degli enti senza finalità di lucro all'albo degli operatori della cooperazione.

Considerata la necessità di aggiornare la legge provinciale n. 5/1991, nel corso del 2017 la Provincia intende elaborare in collaborazione con gli attori del territorio una proposta per una nuova legge provinciale che dovrà tener conto del quadro normativo nazionale.

Lista di esperti e esperte nel settore della cooperazione allo sviluppo

La cooperazione allo sviluppo della Provincia è attiva sin dal 1991 nei paesi del sud del mondo grazie all'opera di molte organizzazioni e di esperti/e che nel corso degli anni hanno acquisito competenze ed esperienze nel settore. Al fine di capitalizzare queste esperienze l'Ufficio Affari di gabinetto intende istituire una lista di esperti/e nel settore della cooperazione allo sviluppo. I criteri di accesso alla lista saranno resi noti e l'elenco sarà in seguito pubblicato sul portale della cooperazione allo sviluppo della Provincia www.provincia.bz.it/cooperazioneallosviluppo.

Note

In conclusione si rileva che gli importi citati nel presente documento hanno un carattere indicativo e programmatico e non rappresentano quindi importi di finanziamento definitivi. Questi verranno determinati in seguito a valutazione ed elaborazione dei singoli progetti e programmi con l'apposito atto di approvazione e potrebbero pertanto prevedersi scostamenti in aumento o in diminuzione degli importi succitati. Inoltre il presente documento di programmazione annuale della Cooperazione allo sviluppo non è del tutto esaustivo. La programmazione puntuale si completerà nel corso dell'anno di riferimento sulla base delle disponibilità finanziarie e in accordo con le priorità tematiche e geografiche concordate a livello provinciale, nazionale, europeo ed internazionale.

Bolzano, 16.03.2017

Sichtvermerke i. S. d. Art. 13 L.G. 17/93
über die fachliche, verwaltungsgemäße
und buchhalterische Verantwortung

Visti ai sensi dell'art. 13 L.P. 17/93
sulla responsabilità tecnica,
amministrativa e contabile

Der Amtsdirektor 16/03/2017 09:37:55 Il Direttore d'ufficio
SPERGSE ELISABETH

Der Abteilungsdirektor 16/03/2017 09:46:39 Il Direttore di ripartizione
LUTHER KLAUS

Laufendes Haushaltsjahr

Esercizio corrente

La presente delibera non dà luogo a
impegno di spesa.
Dieser Beschluss beinhaltet keine
Zweckbindung

zweckgebunden

impegnato

als Einnahmen
ermittelt

accertato
in entrata

auf Kapitel

sul capitolo

Vorgang

operazione

Der Direktor des Amtes für Ausgaben 17/03/2017 09:51:30 Il direttore dell'Ufficio spese
CELI DANIELE

Der Direktor des Amtes für Einnahmen Il direttore dell'Ufficio entrate

Diese Abschrift
entspricht dem Original

Per copia
conforme all'originale

Datum / Unterschrift

data / firma

Abschrift ausgestellt für

Copia rilasciata a



Der Landeshauptmann
Il Presidente

KOMPATSCHER ARNO

21/03/2017

Der Generalsekretär
Il Segretario Generale

MAGNAGO EROS

21/03/2017

Es wird bestätigt, dass diese analoge Ausfertigung, bestehend - ohne diese Seite - aus 56 Seiten, mit dem digitalen Original identisch ist, das die Landesverwaltung nach den geltenden Bestimmungen erstellt, aufbewahrt, und mit digitalen Unterschriften versehen hat, deren Zertifikate auf folgende Personen lauten:

nome e cognome: Arno Kompatscher

Si attesta che la presente copia analogica è conforme in tutte le sue parti al documento informatico originale da cui è tratta, costituito da 56 pagine, esclusa la presente. Il documento originale, predisposto e conservato a norma di legge presso l'Amministrazione provinciale, è stato sottoscritto con firme digitali, i cui certificati sono intestati a:

nome e cognome: Eros Magnago

Die Landesverwaltung hat bei der Entgegennahme des digitalen Dokuments die Gültigkeit der Zertifikate überprüft und sie im Sinne der geltenden Bestimmungen aufbewahrt.

Ausstellungsdatum

21/03/2017

Diese Ausfertigung entspricht dem Original

L'Amministrazione provinciale ha verificato in sede di acquisizione del documento digitale la validità dei certificati qualificati di sottoscrizione e li ha conservati a norma di legge.

Data di emanazione

Per copia conforme all'originale

Datum/Unterschrift

Data/firma